Nummer 47 Berlin, 21. November 1930 44. Jahrgang

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespall. Petitzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorherig. Gebühreneinsendung auf Postscheckk. Alfred Riedel 11502, Postscheckamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitags

Ein schwarzer Tag für die deutschen Arbeiter.

Am Sonnabend, dem 8. November, wurde der Schiedsspruch im Berliner Metallarbeiterkonflikt gefällt. Schlichter waren Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns als Vorsitzender, Oberbürgermeister Dr. Jarres als Vertreter der Metallindustriellen und Prof. Dr. Sinzheimer, Frankfurt a. M., als Vertreter der Arbeitnehmer.

Der ergangene Schiedsspruch setzt die bisherigen Tarifmindestlöhne ab 17. November d. J. in allen Gruppen um 3 Proz., und ab 19. Januar 1931 um weitere 5 Proz., für männliche oder weibliche Jugendliche unter 18 Jahren um 3 Proz., herab. Er entspricht also zahlenmäßig durchaus dem ersten Schiedsspruch, gegen den sich die Berliner Metallarbeiter einmütig zum Abwehrkampf erhoben hatten. Die Streikenden sind nach zweiwöchigem Streik geschlossen zurück in die Betriebe gegangen, getragen von der Erwartung, daß der vereinbarte endgültige Schiedsspruch bedeutend günstiger für sie ausfallen werde.

Es ist anders gekommen. Die Schlichter sind vollständig den Einflüssen der Unternehmer erlegen und haben den Arbeitern die schwersten Opfer auferlegt. Die Unternehmerpresse triumphiert. Die „Deutsche Zeitung" bezeichnet den neuen Spruch gleichbedeutend mit dem offenen Zusammenbruch der Politik der Gewerkschaften. Die „Deutsche Tageszeitung" stellt fest, daß der Schiedsspruch grundsätzlich dem Standpunkt der Unternehmer recht gegeben habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hebt besonders hervor, daß der wesentliche Bestandteil des ersten Spruchs sowie seine Begründung aufrechterhalten und vollkommen bestätigt sei. Es läge auf der Hand, was die Einstimmigkeit des Spruches für die Zukunft bedeute. Die wesentliche Tendenz, zu der das Schiedsgericht einmütig gelangt sei, werde zweifellos für die zukünftige Lohnpolitik von entscheidender Bedeutung sein.

Im Gegensatz zu dem Siegesjubel der Reaktionäre aller Schattierungen hat die Arbeitnehmer weit über die Kreise der Berliner Metallarbeiter hinaus eine ungeheure Empörung ergriffen. Die Arbeiter empfinden diesen Schiedsspruch geradezu als einen Faustschlag in das Gesicht. Der Schiedsspruch begründet den vorgenommenen Lohnabbau mit der Notwendigkeit, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Dabei sind die Arbeiter seit Beginn der Wirtschaftskrise nicht aus dem Lohnabbau herausgekommen. Man denke nur an die starke Belastung des Arbeiteretats durch die Notverordnungen. Man denke daran, wie es die Unternehmer verstanden haben, die katastrophale Lage des Arbeitsmarkts zum Lohndruck auszunutzen. Die Arbeitskraft des einzelnen wird auf das schärfste herangenommen, daß eine Steigerung kaum noch möglich ist. Ueberverdienste sind a ge aut, Akkorde bis zur äußersten Grenze verschlechtert worden. Gelernte Facharbeiter hat man durch ungelernte und jugendliche bzw. weibliche Hilfskräfte ersetzt. Dazu kommen noch die großen Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

In der Begründung zum Schiedsspruch wird der Versuch unternommen, den vorgenommenen Lohnabbau mit dem Hinweis auf eventuell zu erwartenden Preisabbau schmackhaft zu machen. Es wird u. a. gesagt:

„Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelkosten sich erst auszuwirken beginnt und daß der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. . . ."

Die Reichsregierung hat bisher ernsthafte Schritte zur Senkung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse nicht unternommen, sondern hat es mit der Senkung der Lebenshaltung bewenden lassen. Während der Lohn der Metallarbeiter heruntergedrückt worden ist, sehen wir, wie den Wünschen bürgerlicher Interessentengruppen Rechnung getragen wird. Die Inlandspreise für Roggen, Weizen, Gerste, Zucker, Vieh usw. werden künstlich über den Weltmarktpreisen hochgehalten, ebenso die Preise der meisten übrigen wichtigen Bedarfsartikel für den Haushalt des Arbeiters. Schon schreien die Hausagrarier nach Erhöhung der Mieten und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Wohl hat die Reichsregierung versucht, im guten auf den Zwischenhandel einzuwirken, damit derselbe auf einen Teil seiner viel zu hoch bemessenen Zwischengewinne zugunsten der Herabzonung der Kleinhandelspreise verzichtet. Etwas Nennenswertes ist bisher dabei nicht herausgekommen. Darüber täuschen alle diesbezüglichen Alarmmeldungen in der Tagespresse nicht hinweg.

Die Arbeiterfrauen wissen es am besten wie es mit der „erhöhten" Kaufkraft ihres Wirtschaftsgeldes aussieht. Solange der Mann noch voll arbeitet und sie im Konsumverein bar einkaufen kann, mag es noch angehen. Ganz schlimm wird es jedoch in den Fällen, wo die Arbeiterfrau gezwungen ist, beim Bäcker, Fleischer oder Krämer Kredit in Anspruch zu nehmen. Es entsteht da recht bald ein wirtschaftliches Hörigkeitsverhältnis, aus dem heraus der kleine Arbeiteretat mit ganz ungerechtfertigten Warenpreisen belastet wird.

Die arbeiterfeindlichen Auswirkungen des Schiedsspruchs sollen sich nicht nur auf die Berliner Metallarbeiter beschränken. In der Begründung heißt es:

„Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedenfalls nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten des Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein."

Wir können also für die nächste Zeit mit einer Zunahme der Lohnstreitigkeiten rechnen. Unternehmer und leider auch die Schlichter werden an der gegebenen Aufmunterung zum Lohnabbau nicht achtlos vorübergehen. Wer in den letzten Wochen Verhandlungen zu führen hatte, stieß vielfach auf die Bestrebungen der Gegenseite, mehr oder wenig sekundiert vom Unparteiischen, die dahin gingen, die Entscheidung hinauszuschieben. Unausgesprochen schwebte der kommende Berliner Schiedsspruch über dem Verhandlungstisch. Nun ist die Parole zum „fröhlichen Jagen" auf den Arbeiterlohn heraus und die Hetze kann beginnen. An der organisierten Arbeiterschaft wird es liegen, diesen Lohnabbauversuchen mit größter Schärfe entgegenzutreten.

Ein Umstand hat in Arbeiterkreisen noch besondere Erbitterung hervorgerufen. Der Schiedsspruch ist einstimmig gefaßt worden. Dafür gestimmt hat auch Herr Prof. Sinzheimer, Frankfurt a. M. In einer Erklärung zu dieser Handlungsweise verwahrt er sich dagegen, daß er grundsätzlich eine Lohnsenkung als Mittel für eine Ueberwindung der Krise ansehe.

Prof. Sinzheimer galt als Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes. Als Arbeitsrechtler mußte er die Situation übersehen. Selbst für den Fall, daß man die Hinausschiebung der Lohnsenkung um zwei Monate von seiner Zustimmung zum Schiedsspruch abhängig gemacht hat, ist seine Einstellung schwer verständlich. Dem geringen materiellen Vorteil infolge Teilung des Lohnabbaues (in diese Zeit fallen die Weihnachtstage und Inventuren) stand gegenüber der große moralische Schaden, der den freien Gewerkschaften aus dieser Einstellung Sinzheimers erwachsen mußte.

Das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Schlichtungswesen ist durch den Berliner Schiedsspruch auf das schwerste erschüttert. Völlig abwegig wäre es jedoch, den unglücklichen Ausgang des Metallarbeiterkampfes auf das Konto des Schiedsspruches zu verbuchen. Wie lagen die Verhältnisse? Auf der einen Seite stand das gut organisierte und disziplinierte Unternehmertum. Da gab es keine Trennung nach politischen Parteien oder gar nach Religionsanschauungen. Von den beteiligten Arbeitnehmern gehörte die größere Hälfte einer gewerkschaftlichen Organisation nicht an. Die Nazis hatten zwar bei Ausbruch des Streiks für ihre Anhänger die Parole ausgegeben, sich am Streik zu beteiligen. Zu gleicher Zeit haben sie die Industriellen angefleht, ihnen doch Verständnis entgegenzubringen. Die Nationalsozialistische Partei habe in dieser Situation gar nicht anders handeln können, da ihr sonst die Anhänger aus Arbeiterkreisen in Scharen fortgelaufen wären.

Ganz besonders haben sich die Kommunisten betätigt. Vom ersten Tage des Metallarbeiterkampfes an haben sie denselben einzig und allein als günstige Gelegenheit betrachtet, um den von Moskau erhaltenen Auftrag auf Schaffung eigener kommunistischer Gewerkschaften auszuführen. In einem Rundschreiben der Kommunistischen Partei an die Bezirksleitungen werden dieselben beauftragt, systematisch das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften zu untergraben. Es sollen bei Streiks Kampfausschüsse gebildet werden, die dann in Streikleitungen umgewandelt werden sollen, um den Gewerkschaftsvertretern die Führung der Bewegung zu entreißen. Für den Notfall sollen sowjetrussische Instrukteure dabei in Aktion treten, um ihren „reichen Schatz von Erfahrungen" gegen die Reformisten zur Verfügung zu stellen.

Die Berliner Gewerkschaftsabteilung der Kommunisten hat alles getan, um sich die Zufriedenheit ihrer Moskauer Oberleitung zu erwerben. Eine Flut von schmutzigen Unterstellungen und Beschimpfungen ergoß sich auf die Führer und die Streikleitung des Metallarbeiterverbandes. Als lachende Dritte standen dabei die Berliner Metallindustriellen. Wie gut haben es die Herren doch jetzt! Früher mußten sie für schweres Geld gelbe Gewerkschaften gründen und aushalten, heute erledigen „Hitler" und „Losowski" die früher den Gelben zugedachten Aufgaben viel gründlicher und billiger. Solange die Nazis und RGO.-Leute gegen die freien Gewerkschaften anstürmen und den Arbeitern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß verekeln, wird es immer wieder vorkommen, daß ein rücksichtsloses Unternehmertum diese günstige Gelegenheit wahrnimmt, um sich auf Kosten der Arbeiterschaft die Taschen zu füllen.

Den kapitalistischen Scharfmachern sind die gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte ein Dorn im Auge. Ihr Bestreben geht nach Wiedereinführung der unwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vergangener Zeiten.

An der Arbeiterschaft liegt es, durch Stärkung der freien Gewerkschaften diesen kulturfeindlichen Plänen einen festen Damm entgegenzustellen. Arbeiter, die sich in den Betrieben und in Versammlungen bekämpfen und zerfleischen, können dieser Aufgabe nicht gerecht werden, das haben die unangenehmen Begleiterscheinungen zur Berliner Metallarbeiterbewegung recht deutlich gezeigt.

Zurückdämmen kann den Anmarsch der Reaktion nur eine starke und innerlich gefestigte freie Gewerkschaftsbewegung.

Der Bundesvorstand des ADGB. zum Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrisis und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzungen bewirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesausschuß des ADGB., ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die Verbindlicherklärung des ursprünglichen Schiedsspruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschieden Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedsspruches durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung einseitig den Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Preise auszuüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufreizend wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohles Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schiedsspruch hat die nachteiligsten Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedsspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke auf ihrer Geschlossenheit beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisationen einzusetzen.

Unsere Arbeitgeber auf dem Kriegspfade.

Kaum ist der Schiedsspruch für das Berliner Metallgewerbe gefallen und schon kommen von allen Seiten die Unternehmergruppen und fordern Lohnsenkungen auf der ganzen Linie. Man stellt dieses als ein Opfer der Arbeiter dar, das die Beschäftigten ihren arbeitslosen Kollegen zu bringen hätten, um sie in Brot zu setzen. Auch die Arbeitgeber der Lederwarenindustrie und des Tapezierergewerbes glauben nicht zurückstehen zu dürfen. In der „Deutsche Lederwaren- und Koffer-Industrie" rufen die Offenbacher Lederwarenfabrikanten nach dem Lohnabbau. Es heißt da im Heft Nr. 23 auf Seite 19 an einer Stelle: „. . . Es nutzt nichts, mit hohen Tariflöhnen zu prunken, die doch nur auf dem Papier stehen und durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zusammenschrumpfen" Wir wissen wirklich nicht, an welcher Stelle die Arbeitnehmer der Lederwarenindustrie jemals mit „hohen Tariflöhnen" geprunkt haben. Immer mußte festgestellt werden, daß die Arbeitnehmer der Lederwarenindustrie mit zu den schlechtbezahltesten zu rechnen sind. Die lange Krisenzeit haben die Unternehmer dazu ausgenutzt, um übertarifliche Löhne abzubauen. Selbst die niedrigen Tariflöhne sind nicht immer eingehalten worden. Es ist gerichtsnotorisch, daß gerade die Offenbacher Arbeitgeber ihren Arbeitern, besonders den in der Heimarbeit beschäftigten, vielfach untertarifliche Löhne gezahlt haben.

Es bedeutet eine bewußte Irreführung der Arbeiterschaft, wenn man derselben immer wieder vorzureden versucht, daß Lohnsenkung die Nachfrage nach Verbrauchsartikeln heben könnte und daß neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können, wenn die Arbeiter nur gewillt sind, ungünstigere Bedingungen anzuerkennen.

Wohl erwarten die Unternehmer Erhöhung der Rentabilität ihrer Betriebe infolge Senkung ihrer Selbstkosten durch Lohnermäßigung. Angeblich soll diese Lohnsenkung Hand in Hand gehen mit entsprechendem Preisabbau. Dabei stellt es sich immer mehr heraus, daß die ganze Preissenkungsaktion der Reichsregierung nichts weiter ist als eine große Komödie, aufgeführt zu dem Zweck, die Arbeiterschaft über die volle Schwere des geplanten Lohnraubes hinwegzutäuschen.

Nicht als Heilmittel würde sich im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lohnsenkung auswirken, sondern sie würde die Krise mit aller Wahrscheinlichkeit noch verschärfen. Was geschieht in dem Falle, wenn die Löhne ohne Preissenkung herabgedrückt werden? Die Nachfrage der Arbeiterschaft nach Verbrauchsartikeln muß zurückbleiben. Das dürfte für die Erzeugnisse der Lederwarenindustrie und des Tapezierergewerbes noch in viel größerem Umfang zutreffen als für die Lebensmittel- und Kleiderindustrie. Weihnachten steht vor der Tür. Die Geschäftsleute richten die Schaufenster auf das Beste her, um den letzten inneren Widerstand der Käufer hinwegzuräumen. Mit der Kauflust allein ist es jedoch auch nicht getan, es gehört zum Einkauf auch noch das nötige überflüssige Kleingeld. Wohl können der Mittelstand, die Beamtenschaft und die oberen Zehntausend ihre Wünsche immer noch erfüllen. Anders steht es in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten. Man rechnet schon jetzt bis Weihnachten mit mindestens 4 Millionen Arbeitslosen, so daß für das sogenannte Weihnachtsgeschäft rund 12 Millionen oder ein Fünftel aller Deutschen ausscheiden werden, weil der Familienernährer kein Arbeitseinkommen hat und deshalb seinen Lieben keine Weihnachtsfreude bereiten kann. Die Nachfrage der Arbeiterschaft nach Verbrauchsartikeln muß weiter zurückgehen. Wer nun aber denkt, daß dieser Ausfall ausgeglichen wird dadurch, daß die Unternehmer auf Grund ihrer erhöhten Gewinne ihre Anlagetätigkeit erheblich erweitern, verkennt die gegenwärtige Lage gründlich. Weshalb soll der Unternehmer Neuanlagen ausführen, die bestehenden erweitern? Die inländische Nachfrage sinkt. Er könnte allerdings, wie angenommen wird, mehr als früher exportieren, wenn seine Selbstkosten sinken Auch das ist aber eine unsichere, ja falsche Annahme. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Ausfuhr weitgehend unabhängig von unserer Preisstellung auf dem Weltmarkt zurückgehen wird, da die Kaufkraft jener Länder, wohin wir die Waren ausführen, gerade infolge des Preissturzes für die Rohstoffe, die wir von ihnen billig beziehen, geschmälert, ihre Aufnahmefähigkeit für unsere Produkte eingeschränkt wurde. Selbst aber im Falle, daß die Nachfrage nach Konsumartikeln nicht nachlassen würde, brauchte der Unternehmer seine Anlagen, die bereits überdimensioniert sind, nicht auszudehnen. Es gibt freilich noch viele Anlagemöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft: im Wohnungsbau, bei den öffentlichen Betrieben, aber auch in der Privatwirtschaft, sofern es sich um konsumnahe Industrien handelt. Jedoch führt Lohnsenkung auch hier nicht zum Ziel, mit anderen Worten, von der Lohnsenkung kann man eine baldige Erweiterung der Anlagetätigkeit nicht erwarten. Deshalb würde Lohnsenkung ohne Preissenkung im wesentlichen einer Kaufkraftvernichtung gleichkommen. Lebendige Kaufkraft würde in eine tote verwandelt. Die Unternehmer könnten mit ihren Gewinnen nichts anfangen, diese würden auf dem Geldmarkt nutzlos herumschwimmen oder ihren Weg nach dem Ausland finden.

Wir glauben nicht, daß Lohnsenkung dazu führen wird, um die vielen stillgelegten Betriebe wieder in Gang zu bringen. Diese Betriebsstockungen sind ja nicht erfolgt, weil die Löhne zu hoch waren, sondern weil in technisch besser rationalisierten und mechanisierten Betrieben die Maschine die Arbeitskraft der kleineren und rückständigeren Betriebe verdrängte.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat zu dem Zweck, einen größeren Teil der Arbeitslosen wieder in die Betriebe hineinzubringen, die sofortige Einführung der gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche gefordert. Infolge einer bis vor kurzem ungeahnt schnell vor sich gehenden Steigerung der mechanischen Produktionskräfte werden dauernd Menschenhände freigestellt, die nur in Arbeit kommen können durch steigende Konsumtion und sinkende Arbeitszeit. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. Nach ihrer Ansicht kann nur Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichzeitiger Senkung der Löhne zur Gesundung der Wirtschaft führen. Ganz abwegig erscheint uns die Sorge der Arbeitgeber, daß bei einer generellen Arbeitszeitverkürzung Facharbeitermangel entstehen müsse. Unsere Arbeitslosenstatistik ergibt, daß besonders die Facharbeiter arbeitslos sind, weil sie durch die Ungelernten und Angelernten verdrängt werden.

Herr Prof. von Schultze-Gävernitz, der bekannte Freiburger Nationalökonom, beschäftigt sich im letzten Heft des „Archivs für Spezialwissenschaft" mit der Rolle der Maschine im Kapitalismus. Er geht hierbei davon aus, daß alle Fortschritte der Technik es bisher nicht vermochten, eine ausreichende Versorgung der Mehrzahl des Volkes mit dem notwendigen Lebensbedarf zu gewährleisten. Selbst im reichen Amerika ständen 10 Millionen Familien nicht über dem Existenzminimum, während weitere 10 Millionen Familien jeder kulturellen Lebenshaltung ermangelten.

Wenn man die starke Arbeitslosigkeit, die die Maschine überall mit sich brachte — von 1924 bis 1926 stieg die industrielle Produktion in Amerika um 88 Prozent, dagegen sank die Zahl der Beschäftigten um 12 Prozent —, in Rechnung stellt, so ist der von Schultze-Gävernitz angeführte Zweifel durchaus berechtigt, daß trotz aller Fortschritte der Produktionstechnik kaum der Index der Massenwohlfahrt angestiegen ist.

Neben der Massenarbeitslosigkeit bedrohe die in der Industrie Beschäftigten ständig die Gefahr periodischer Arbeitslosigkeit, da die Ueberproduktion infolge des Mißverhältnisses von Produktivkraft und Kaufkraft immer wieder zu zeitweiligem Stillstand oder zeitweiligen Einschränkungen der Produktion zwinge. Vor allem aber sei die ständige Nichtausnutzung der tatsächlichen Produktionskapazität, die dem Kapitalismus eigen sei, eine ungeheure Verschwendung der Sparanlagen der Volkswirtschaft. Nur eine bewußte Politik der Kaufkraftverhöhung des heimischen Marktes durch Lohnsteigerungen könne hier Besserungen herbeiführen, wobei sich Schultze-Gävernitz im Gegensatz zu der immer wieder von Unternehmerseite geäußerten Ansicht dazu bekennt, daß gerade auch in Depressionszeiten Lohnerhöhungen zwecks Ankurbelung der Wirtschaft notwendig seien.

Erfolge dieses nicht, so sei „die Maschine in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung, Arbeitslosigkeit als Krisenerscheinung, mit Ueberproduktion bei Unterkonsumtion, mit Klassenkampf und imperialistischer Gewaltpolitik".

Wir sehen mit Prof. Schultze-Gävernitz nur in einer bewußten Kaufkraftverhöhung des Arbeiterlohnes die Möglichkeit, die Depression zu überwinden. Die Einstellung unserer Arbeitgeber und auch der Schiedsspruch für das Metallarbeitergewerbe zeigen uns die Widerstände, die diesem Ziel entgegenstehen. Wollen wir uns nicht wehrlos diesen Bedrohungen unserer Lebenshaltung aussetzen, so müssen wir schon jetzt die Abwehr organisieren. Freiwillig wird man uns nicht entgegenkommen. Nur starke Gewerkschaften werden alle Angriffe abwehren können.

Die Wahlen in Oesterreich.

Das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat, die am 9. November stattgefunden haben, zeigen den unerschütterlichen Willen des österreichischen Proletariats der sozialdemokratischen Partei die Treue zu wahren. Wie in Deutschland, so haben auch in Oesterreich die Gewerkschaften einen schweren Abwehrkampf gegen die weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu führen. Die Regierungsparteien wollen die unerträglich karge Arbeitslosenunterstützung vermindern und den Mieterschutz, der die Grundlage für die außerordentlich niedrigen Löhne bildet, zugunsten der Hausbesitzer abbauen. Die schweren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben das österreichische Proletariat in eine Abwehrstellung gedrängt, in der es gegen die Beseitigung seiner demokratischen Freiheitsrechte und den Abbau der sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit zu kämpfen hat. Gewählt wurden:

Partei	1923	1927	1930
Christlichsoziale Partei . . .	82	73	66
Großdeutsche Volkspartei . .	10	12	19
Sozialdemokratie	68	71	72
Landbund	5	9	8

Der begeisterte Kampfwille, der hohe Organisationsgrad und die starke Disziplin unserer österreichischen Klassengenossen werden ihnen helfen, den Kampf gegen die brutale Gewalt der faschistischen Reaktion, obwohl es dieser gelang, die bewaffnete Macht an sich zu reißen, mit Erfolg zu führen.

Betrieb und Wirtschaft

Wie weit gehen die Ansprüche eines Betriebsratsvorsitzenden auf Vollbeschäftigung bei Kurzarbeit der Belegschaft?

Zu dieser Frage, die besonders in der jetzigen Zeit sehr aktuell sein dürfte, liegt ein Beschluß des Reichsarbeitsgerichts vor (Beschluß vom 9. Juli 1930, RAG. RB. 50/29), der besagt: „Muß die Belegschaft umschichtig aussetzen, so ist die Anwesenheit des Betriebsratsvorsitzenden während der Zeit, wo seine Abteilung aussetzen muß, im Betriebe nur notwendig, wenn die Belange des Betriebes es erfordern, andernfalls genügt die Stellvertretung durch im Betrieb anwesende Betriebsvertretungsmitglieder.

Will der Betriebsratsvorsitzende auf die Vereinbarung von Aussetztagen nicht eingehen, und gibt die Betriebsvertretung nicht die Zustimmung zur Kündigung zwecks Vereinbarung der Aussetztage, dann kann das Arbeitsgericht, wenn die Verhältnisse des Betriebes die Aussetztage erfordern, die Zustimmung zur Kündigung mit der Bedingung geben, daß dem Betriebsratsvorsitzenden dieselben Arbeitsbedingungen wie den Arbeitskollegen seiner Abteilung anzubieten sind und daß die Entlassung desselben nur im Falle der Weigerung, auf diese Bedingungen einzugehen, erfolgen darf."

Aus den Entscheidungsgründen: Die Antragstellerin beschäftigt in ihrem aus mehreren Abteilungen bestehenden Betrieb etwa 700 Arbeiter, davon in der chemischen Abteilung etwa 250 und in der Röhrenabteilung etwa 300. Sie hat im Jahre 1929 die Arbeitszeit in der chemischen Abteilung zunächst von 48 auf 42, dann mit dem 29. Oktober auf 30 und schließlich vom 13. November ab auf 24 Stunden verkürzt. Diese 24 Stunden Arbeit werden von der in zwei Teile geteilten Belegschaft in der Weise geleistet, daß die beiden Teile abwechselnd eine Woche arbeiten und eine Woche feiern.

Die Röhrenabteilung arbeitet 42 Stunden, kleinere Abteilungen sind voll beschäftigt. Mit der erstermähnten Arbeitszeitverkürzung hat sich der in der chemischen Abteilung beschäftigte Antragsgegner einverstanden erklärt. Der Anpassung seines Arbeitsverhältnisses an die weitere, insbesondere an die letztgenannte Arbeitszeitverkürzung hat er jedoch mit der Begründung widersprochen, daß er in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender auch dann, wenn die Abteilung, in der er beschäftigt werde, Kurzarbeit leiste, während in anderen Abteilungen länger gearbeitet werde, Anspruch darauf habe, gegenüber seinen engeren Arbeitskollegen eine Vorzugsstellung einzunehmen und über deren Arbeitszeit hinaus beschäftigt zu werden, da sonst die Belange der Belegschaft litten, die er kraft seines Amtes wahrzunehmen verpflichtet sei. Auch die Betriebsvertretung hat ihre Zustimmung zur Anpassung des Arbeitsverhältnisses des Antragsgegners an die auf 24 Stunden verkürzte Arbeitszeit versagt. Das daraufhin vor der Antragstellerin um Erteilung der Ersatzzustimmung angegangene Arbeitsgericht hat nach mündlicher Verhandlung durch den angefochtenen Beschluß die Zustimmung zur Kündigung des Vertragsverhältnisses des Antragsgegners auf den 23. November 1929 unter der Bedingung erteilt, daß die Antragstellerin dem Antragsgegner ein gleichartiges Arbeitsverhältnis wie bisher mit einer Wochenbeschäftigung von 24 Stunden anbietet. Es geht hierbei davon aus, daß dem Betriebsratsvorsitzenden oder anderen Mitgliedern der Betriebsvertretung eine Sonderstellung, wie sie der Antragsgegner für sich in Anspruch nehme, nur zugebilligt werden könne, wenn die Belange der Belegschaft dies erforderten. Davon könne hier keine Rede sein. Der Antragsgegner sei während der Woche, in der er wie die übrigen Arbeiter der chemischen Abteilung arbeite, jeweils volle 48 Stunden im Betrieb. In der Woche, in der er feiere, könne sein Stellvertreter, der seit vielen Jahren im Betrieb arbeite, sich — wie gerichtsamtlich bekannt sei — genau auskenne und dazu auch befähigt sei, etwa vorkommende Arbeiterratsgeschäfte erledigen. Dazu komme, daß es in dem kleinen Ort Friedrichsfeld, in dem Entfernungen keine Rolle spielen, jederzeit möglich sei, den Antragsgegner, der auch außerhalb der Arbeitszeit für sein Ehrenamt verfügbar sein müsse, zur Erledigung besonders bedeutsamer Betriebsratsangelegenheiten herbeizuholen. Da ferner der Antragsgegner nach dem Willen der Antragstellerin nicht aus dem Betrieb entfernt, sondern lediglich sein Arbeitsvertragsverhältnis dem seiner Kollegen angepaßt werden solle, so liege kein hinreichender Grund vor, die Zustimmung zur Kündigung zu versagen. Andererseits genüge es, die Zustimmung mit der aus der Formel des angefochtenen Beschlusses hervorgehenden Einschränkung zu erteilen. —

Das Arbeitsgericht hat die in Betracht kommenden tatsächlichen Verhältnisse festgestellt und sie mit eingehender Begründung dahin gewürdigt, daß sie der beantragten Aenderung des Arbeitsvertragsverhältnisses des Antragsgegners nicht entgegenstehen. Diese tatrichterliche Würdigung ist, ebenso wie die tatsächliche Feststellung des Vorderrichters, für das gemäß § 86 Abs. 1 ArbGG. auf die rechtliche Nachprüfung des Streitstoffes beschränkte Rechtsbeschwerdegericht bindend (vergl. u. a. Beschluß vom 3. November 1927 RAG. RB. 3/27 und vom 9. März 1920 RAG. RB. 41/28); sie läßt überdies keinen Rechtsirrtum erkennen, insbesondere verstößt sie nicht gegen die von dem Beschwerdeführer angezogenen §§ 96 und 97 BRG.

Die Schriftleitung der „Arbeitsrechtspraxis", der wir dieses Urteil entnehmen, sagt dazu in einer Anmerkung: „Nach der Rechtsprechung des RAG., wonach die aufschiebende Wirkung der Rechtsbeschwerde nur einen Schwebezustand bedeutet (RAG. 244/29, 462/29, 1930 S. 48 und 166), kann also der Arbeitgeber die neuen Arbeitsbedingungen unter Einhaltung der Kündigungsfrist anbieten. Nachdem der zustimmende Beschluß des Arbeitsgerichts ergangen ist, trägt der Arbeitgeber noch das Risiko, daß die Rechtsbeschwerdeinstanz den Beschluß ändert oder aufhebt und nun der Arbeitgeber den Lohnausfall nachbezahlen muß. Daß die Zustimmung der Arbeitsgerichtsbehörden in derartigen Fällen in dieser bedingten Form gegeben werden kann; hat das RAG. bereits in RB. 39/29, 1930, S. 174 entschieden."

Tarifvertrag und Krankengeld.

Während die Sachleistungen unserer Krankenversicherung für alle Mitglieder unterschiedslos in derselben Form und Art gewährt werden müssen, liegen die Dinge bei den Barleistungen (Krankengeld, Sterbegeld usw.) anders. Die Höhe dieser Leistungen richtet sich stets nach der Stufe der Lohnklasse, in welcher der Versicherte zur Kasse gemeldet ist und damit nach seinem Arbeitseinkommen. So heißt es in einer Entscheidung: „Für die Höhe der Krankenunterstützung und des Kassenbeitrags ist der tatsächliche Verdienst maßgebend. Unwesentlich ist es, welche Lohnverhältnisse in der Anmeldung angegeben und der Erhebung der Kassenbeiträge zugrunde gelegt waren." Es kommt auf Grund dieser Entscheidung also auf den Lohn an, den der Versicherte tatsächlich bezogen hat und nicht auf die Summe, die der Arbeitgeber der Kasse gegenüber angegeben hat. Es ist dies ja auch ganz in Ordnung, da ja der Arbeitnehmer nicht durch Falschmeldungen seines Arbeitgebers benachteiligt werden kann.

In der Frage der Höhe und der Berechnung des Krankengeldes ist unlängst eine Entscheidung ergangen, die für alle Versicherten von der allergrößten Bedeutung ist. Es heißt in derselben: „Krankengeld ist nach dem Lohn zu berechnen, der dem Versicherten zur Zeit des Beginns des Krankengeldbezuges rechtlich zusteht. Es kommt nicht auf den vereinbarten, auch nicht auf den tatsächlich ausbezahlten Lohn an, sondern auf den Lohn, auf den der Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch hat." Diese Entscheidung, die das Versicherungsamt Frankfurt a. M. unterm 23. Juni 1930 gefällt hat, ist nicht nur für die Versicherten von allergrößter Wichtigkeit, sie bringt auch einen vollkommen neuen Rechtsgrundsatz in die Krankenversicherung. Es kommt nach ihr für die Berechnung der Barleistungen nicht der tatsächlich gezahlte und erhaltene Lohn in Betracht, sondern der Lohn, der dem Arbeitnehmer rechtlich zusteht. Der Entscheidung lag ein Fall zugrunde, in welchem bei einem nicht organisierten Arbeitgeber eine ebenfalls nicht organisierte Arbeitnehmerin beschäftigt war. Wie nicht anders zu erwarten, wurde durch freie Vereinbarung ein verhältnismäßig niedriger Lohn vereinbart und auch gezahlt. Die Versicherte wurde krank und erhielt naturgemäß auch ein niedriges Krankengeld. Es wurde dann festgestellt, daß für ihren Beruf ein für allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag besteht, der einen weit höheren Lohn vorsah. Die Versicherte verklagte die Kasse auf Zahlung des Differenzbetrages zwischen dem Krankengeld auf Grund des vereinbarten Gehalts und des Tarifgehalts. In dem Streitverfahren erzielte sie die oben angegebene Entscheidung. Die Krankenkasse mußte also das Krankengeld in Höhe des Tariflohnes zahlen. Aus der Begründung zu der Entscheidung sind folgende Ausführungen bemerkenswert: „Auszugehen war bei der Entscheidung von dem Prinzip, daß das Krankengeld zu berechnen ist nach dem Lohn, der dem Versicherten zur Zeit des Beginns des Krankengeldbezuges rechtlich zusteht. Es kommt also nicht an auf den vereinbarten Lohn, obwohl dieser in der Regel identisch sein wird mit dem rechtlich zustehenden Lohn und nicht auf den tatsächlich ausbezahlten Lohn (z. B. wenn der Arbeitgeber infolge Zahlungsunfähigkeit nicht den ganzen Lohn auszahlen kann), sondern auf den Lohn, auf den der Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch hat. Durch die Tarifvertragsgesetzgebung ist das früher geltende Prinzip, daß der Lohn durch Einzelvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande kommt, nach mannigfachen Richtungen hin durchbrochen worden. Gehören Arbeitgeber und Arbeitnehmer beide Berufsverbänden an, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, so ist dieser für die Tarifvertragsparteien verbindlich und unabdingbar. Ein dem Tarifvertrag enthaltener Tariflohnsatz kann nun aber auch durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung seitens des Reichsministers für alle Arbeitnehmer des betreffenden Gewerbes und Bezirks, also auch für nicht einer Berufsorganisation Angeschlossene, für unabdingbar erklärt werden und gilt dann etwaigen widersprechenden Vereinbarungen zum Trotz."

Kl—s.

Verordnung über die Arbeitslosenversicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern vom 18. Oktober 1930.

Auf Grund der §§ 75c und 116a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 12. Oktober 1929 verordnet der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers folgendes:

Artikel 1.

(1) Versicherungsfrei ist die Beschäftigung von Ehefrauen als Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiterinnen, soweit durch diese Beschäftigung kein höherer wöchentlicher Verdienst als 12 Mk. erzielt zu werden pflegt. § 75 a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bleibt unberührt.

(2) Versicherungsfrei sind Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter, die mehr als zwei familienangehörige Arbeitskräfte über 14 Jahre oder mehr als eine familienfremde Arbeitskraft als Hilfskräfte beschäftigen. Familienangehörige im Sinne dieser Bestimmung sind Eltern, Voreltern, Abkömmlinge sowie der Ehegatte und Geschwister des Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiters; ferner Eltern, Voreltern, Abkömmlinge seines Ehegatten sowie Pflegekinder des Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiters oder seines Ehegatten.

(3) Der Arbeitgeber (Auftraggeber) von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern ist zur Erstattung der Befreiungsanzeige (§ 85a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) nur verpflichtet, wenn die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, die nach Absatz 1 und 2 versicherungsfrei sind, ihm dartun, daß die Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit gegeben sind. Diese Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiter sind verpflichtet, dem Arbeitgeber jede Veränderung in den Tatsachen, welche die Versicherungsfreiheit nach ihren Angaben begründen soll, mitzuteilen. Solange eine rechtswirksame Befreiungsanzeige nicht auf Grund nachträglicher Veränderungen widerrufen ist, bleibt die Versicherungsfreiheit bestehen. Wird durch den Arbeitgeber der Widerruf der Befreiungsanzeige verweigert, so kann er auf Antrag des Hausgewerbetreibenden durch eine entsprechende Erklärung des Vorsitzenden des Arbeitsamts gegenüber der Krankenkasse ersetzt werden.

Artikel 2.

Pflegen mehrere versicherte Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in gemeinschaftlicher Betriebs- und Wohnstätte tätig zu sein und wird einer von ihnen arbeitslos, so kann die Arbeitslosenunterstützung versagt werden, solange der Gesamtverdienst nicht mindestens um den Betrag gemindert ist, der sich bei gleichmäßiger Verteilung des bisherigen Gesamtverdienstes der Gemeinschaft auf die Versicherten als sein Anteil ergibt, sofern er erfahrungsgemäß Anteil an diesem Gesamtverdienst hat. Dies gilt entsprechend, wenn mehrere aus der Gemeinschaft arbeitslos werden.

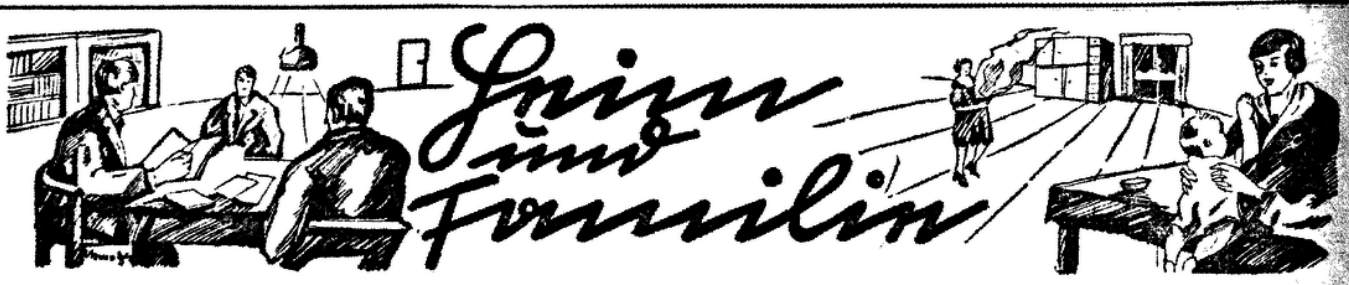
Artikel 3.

(1) § 105 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung findet auf Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter keine Anwendung.

(2) Soweit in der Entlohnung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter Entschädigungen für Roh- und Hilfsstoffe sowie für Werbungskosten irgendwelcher Art enthalten sind, kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts bindende Richtlinien über die Berechnung des Arbeitsentgelts für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter aufstellen.

Artikel 4.

Diese Verordnung tritt am 3. November 1930 in Kraft.



Leo Tolstoi.

Zu seinem 20. Todestag.

Der russische Volksdichter Leo Nikolajewitsch Tolstoi ist am 20. November 1910 auf der kleinen Bahnstation Astapowa vom Tod ereilt worden. Nun deckt ihn die griesgraue Erde von Jasnaja Poljana (d. h. die lichte Waldwiese) im Gouvernement Tula, in einem kleinen Dorf südlich von Moskau. Jasnaja Poljana ist aber nicht nur der ewige Ruheort dieses Zeit und viele Literaturen und Heilslehren überdauernden großen europäischen Dichters, es ist auch sein Geburtsort, die engere Heimat seines Dichtens und Wirkens und wurde, als seine menschliche und künstlerische Prophetenstimme über die Grenze des großen Rußlands in alle Welt und in Millionen Herzen flutete, zu einem vielbesuchten Wallfahrtsort ruheloser, zerrissener und dankbarer Menschen jener Zeit.

Der Vater und die Mutter Tolstois, die er schon als Kind verlieren mußte, entstammen alten Adelsgeschlechtern; sie waren Gutsbesitzer und höhere Offiziere und die Geschichte dieser Familie kann man bis in das zwölfte Jahrhundert zurückblättern. Im Hause einer entfernten Verwandten, der Tatjana Alexandrowna Jergolskij, die seinen Vater einst geliebt hatte, ist Tolstoi aufgewachsen. Sechzehnjährig bezog er die Universität in Kasan, um sich vornehmlich dem Studium der orientalischen Sprachen, später der Rechtswissenschaft zu widmen, ohne aber innere Befriedigung darin zu finden. Obwohl schon damals von Zweifeln und Selbstanklagen hin und her geworfen, sprang er kopfüber in den tosenden Strudel der großen Welt und führte „ein müßiges, dem Luxus ergebenes Leben". Ohne Abschlußprüfung verließ er die Universität und ging nach Jasnaja Poljana zurück, um das ererbte Gut zu bewirtschaften. Schon dem Knaben und erst recht dem jungen Studenten ist der brutale, unwürdige Despotismus der russischen aristokratischen Gesellschaft und der Gutsbesitzerkaste, der er angehörte, bewußt geworden. Die furchtbare Unfreiheit und Kulturlosigkeit, die beispiellose Verknechtung und menschliche Nichtachtung des russischen Bauern empörte ihn, machte ihn aufsässig und beschleunigte in ihm eine „Selbsteinkehr", die in späteren Jahren und Jahrzehnten ihn als den Ankläger dieser im Wohlleben verdorbenen aristokratischen Gesellschaft wirken lassen sollte. Das wurde, wie überhaupt alle Bemühungen Tolstois, kein politischer Radikalismus, der die Axt an die Wurzel allen ökonomischen und kulturellen Elends legte, sondern nur die Vorbereitung einer seelischen Revolution. Nachdem er Kasan verlassen hatte, schrieb er am 17. April (als neunzehnjähriger Gutsbesitzer) in sein Tagebuch: „In meinem Leben muß eine Veränderung eintreten, doch nicht die äußeren Umstände — meine Seele ist es, die sie bewirken muß."

Die Kinder- und Knabenjahre auf dem väterlichen Gut haben in Tolstoi einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen: Volk und Natur wurden ihm wache, nachdauernde Erlebnisse. Eine liebende Hingabe an das naturverbundene Dasein der russischen bäuerlichen Menschen, das tedig aller erbärmlichen Verlogenheit der Moskauer und Petersburger sogenannten „Kultur", war, all die Leiden und Sorgen dieser einfachen Menschen, dann die Natur selbst in ihrer grandiosen Schönheit und Wahrheit ließen in ihm den unsterblichen Dichter wachsen, an dessen Bedeutung wir uns heute erinnern wollen. Kein Volk der Erde ist vielleicht der Natur und dem Boden, auf dem es leiden und leben muß, näher als das russische. Der russische Mensch ist ganz eingesetzt in den Rhythmus der Jahreszeiten, der Elemente, verloren in die Tragik und Schicksalhaftigkeit der tränen- und blutgedüngten Scholle, und keinen Dichter gibt es, der uns das Leben dieser lebenslänglich geplagten, ärmsten und nur von einem religiösen Fanatismus besessenen Bauern in so wahrer und lebender Darstellung aufgezeichnet hat. Diesen Menschen wollte er Lehrer, Erzieher, Diener und Freund sein, und er ist es ihnen, obwohl er oft von dem Widerspruch zwischen Leben und Lehre gepeinigt wurde, auch geworden. Selbstverständlich ist der von Tolstoi mit gläubigem Temperament verkündete und von ihm gelebte Anarcho-Kommunismus, der in seinen moralphilosophischen, pazifistischen und sozialethischen Schriften werbenden und bekennenden Niederschlag fand, der dann unter dem Namen Tolstoianismus zu einer sektenhaften Lehre auswuchs, ein für unsere Zeit völlig verlorenes Bemühen. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß die von Tolstoi und seinen Anhängern gepflegten Anschauungen, wie Ablehnung des Staates und der Kirche, Opposition gegen die Todesstrafe, Aechtung des Krieges, Verwerfung der bürgerlichen Kultur gerade die Umwälzung in Rußland und zum Teil auch in Westeuropa vorbereitet und die russische Revolution in den Sattel gehoben haben. Tolstois unerbittliche Gesellschaftskritik war ein Negativum, er kannte kein Proletariat, das in den Städten auswuchs, er kannte keine Industrie. Er war alles andere als ein Sozialist in dem einen nur möglichen Sinne, aber er hat den Finger in die Wunde unserer Zeit gelegt, hat uns das russische Volk gezeigt und das reine, kindliche, gläubige Herz dieses Volkes.

Alle dichterischen Werke Tolstois, auch die frühesten, tragen autobiographischen Charakter und sind eine einzigartige psychologische Analyse seines Menschen. Sie sind es auch, wenn sie in der schweren Rüstung eines „historischen" Romans einhermarschieren. „Krieg und Frieden" und „Anna Karenina" sind wohl seine bekanntesten Werke. Werke, in denen es brodelt und dampft, und in denen die Natur, die in ihnen lebt, fast die Einbände dieser Bücher sprengen möchte. Alle seine Erzählungen sollte man lesen.

Walther G. Oschilewski.

Gespräch mit einem Fremden.

Von Leo Tolstoi*).

Ich war am frühen Morgen ausgegangen. Gut und fröhlich war mir ums Herz. Ein prachtvoller Morgen! Die Sonne war eben erst über den Bäumen heraufgekommen, der Tau funkelte auf den Grashalmen und den Blättern. Lieblich war die Erde und alles war gut. Es war so schön, daß man nicht hätte sterben mögen. Wirklich, man hätte nicht sterben mögen. Man hätte noch eine Weile auf dieser Erde mit all ihrer Pracht leben mögen, mit dieser Freude im Herzen. Nun ja, aber das liegt nicht in meiner Hand.

Als ich zum Dorfe gelangte, stand an der Straße vor dem ersten Hause, mir seitlich zugewandt, ein Mann und rührte sich nicht vom Fleck. Er wartete offenbar auf irgend wen oder irgend etwas; er wartete ohne Ungeduld oder Verärgerung, wie nur Arbeitsleute zu warten verstehen. Ich trat näher an ihn heran. Er war ein bärtiger, gesunder Bauer mit zerzaustem, grauem Haar; er hatte ein schlichtes Arbeitergesicht und rauchte, nicht eine Zigarette, sondern eine Pfeife. Wir begrüßten uns.

„Wo wohnt hier der alte Alexej?" fragte ich ihn.

„Weiß nicht, mein Lieber, wir sind nicht von hier."

Er sagte nicht, „ich bin nicht von hier", sondern „wir sind nicht von hier". Der Russe ist fast nie allein. (Nur etwa, wenn er etwas Schlechtes tut, sagt er: „ich".) Aber sonst heißt es: wir, die Familie, die Genossenschaft, wir, die Gemeinde.

„Nicht von hier, woher denn?"

„Wir sind von Kaluga."

Ich deutete auf seine Pfeife. „Wieviel verrauchst du wohl im Jahr? Drei Rubel doch sicher, was?"

„Drei? Drei werden wohl kaum langen."

„Warum läßt du es nicht?"

„Wie kann man's lassen? Es ist eine Angewohnheit."

„Ich habe früher auch geraucht, dann habe ich es gelassen, und jetzt ist mir viel wohler zumute, es geht ganz leicht."

„Wissen wir wohl, aber es ist langweilig ohne Pfeife."

„Laß es nur sein, und du wirst doch keine Langeweile haben. Es ist doch nichts Schönes dabei."

„Was soll Schönes dabei sein?"

„Nichts Schönes ist dabei, also muß man es nicht tun. Auf dein Beispiel hin fängt auch ein anderer an zu rauchen. Und obendrein werden noch die Jungen sagen: ‚Guck, der Alte raucht, nun, dann erlaubt es uns Gott auch'."

„So ist's, genau so."

„Und dein Sohn fängt auch an zu rauchen, wenn er dich rauchen sieht."

„Wissen wir wohl, der Sohn auch."

„So laßt es sein."

„Würde es schon lassen, aber ohne Pfeife ist's langweilig, die Fliegen sollen sie fressen! Mehr aus Langeweile! Wird einem langweilig, greift man nach der Pfeife. Der ganze Jammer ist — daß es immer so langweilig ist. So langweilig ist es manchmal, so langweilig, langweilig", sagte er mit gedehnter Stimme.

„Gegen die Langweile sollte man lieber an seine Seele denken."

Er starrte mich an. Sein Gesicht wurde plötzlich ernst und aufmerksam, während er vorher einfältig komisch ausgesehen und einen dreisten und etwas großsprecherischen Ausdruck gehabt hatte.

„An seine Seele denken, an die Seele also", sagte er und sah mir forschend in die Augen.

„Jawohl, wenn man an seine Seele denkt, gibt man sich nicht mehr mit dummen Nichtigkeiten ab."

Sein ganzes Gesicht strahlte vor Milde und Freundlichkeit.

„Wahr ist's, Alter, du sagst die Wahrheit. Die Seele ist die Hauptsache. Vor allem muß man an die Seele denken!" Er schwieg einen Augenblick. „Danke, Alterchen, du hast recht."

Er deutete auf seine Pfeife. „Das hier sind alles Dummheiten, die Seele ist die Hauptsache", wiederholte er. „Du sagst die Wahrheit."

Und sein Gesicht ward noch gütiger und ernster.

Ich wollte das Gespräch fortsetzen, allein mir stieg etwas die Kehle hoch (ich habe jetzt die Schwäche, leicht zu weinen); ich konnte nicht mehr sprechen, verabschiedete mich von ihm, schluckte meine Tränen hinunter und ging mit milden, frohen Gefühlen davon.

Wie soll man nicht froh sein, wenn man inmitten eines solchen Volkes lebt, wie soll man nicht das Herrlichste von solchem Volk erwarten.

Krekschino, 9. September 1909.

*) Aus dem Band XII der neuen Gesamtausgabe des dichterischen Werkes von Leo Tolstoi, die der Malik-Verlag herausbrachte.

Wintererholung!

Noch immer herrscht der Glaube, daß, wenn der Winter die heimatliche Landschaft mit seinem blendendweißen Mantel bedeckt, der Ostwind über das Land fegt und die Fensterscheiben mit Eisblumen wundersamster Formen überzieht, der Aufenthalt in überheizten Stuben das richtige wäre. Wohl ist es angenehm, nach einem Spaziergang, einer Wanderung im winterlichen Wald oder bei Heimkehr von einer Herz und Nieren erfrischenden Skitour in gut erwärmten Räumen sich auszuspannen, aber das für die Gesundheit Nützliche ist der Aufenthalt in der winterlichen Natur.

Die gesundheitlichen Vorteile der Wintererholung werden aber immer mehr gewürdigt und heute rätet die ärztliche Wissenschaft in immer stärkerem Maße zu Winterkuren. Die gesundheitlichen Vorteile sind für die meisten Erkrankungen wirkungsvoller und umfassender als die des Sommers.

Sonne und Schnee haben eine überaus wohltätige Wirkung, die Höhenluft ist frei von Krankheitskeimen und Staub, die Atmung und Herztätigkeit wird wirkungsvoller angeregt, der Stoffwechsel geht rascher und leichter vonstatten, der Appetit wird reger und der Blutkreislauf intensiver. Nicht minder angenehm ist der erfrischende Einfluß auf Haut und Nerven. Infolge verminderten Luftdrucks und der Trockenheit wird die Kälte auf den Bergen niemals unangenehm empfunden.

Wer gar noch die weiße Kunst, den Schneeschuh beherrscht, schöpft aus der winterlichen Bergluft und den Wäldern vielfache Heilkraft. Aber auch auf Spaziergängen können wir tief in das Zauberreich des winterlichen Waldes eindringen. Der in den Berggemeinden überall vorhandene Schneepflug schafft gangbare Wege. Und in für die winterliche Erholung besonders geeigneten Orten der deutschen Mittelgebirge sind Eigenheime der Arbeitnehmerschaft vorhanden.

Die Adefe bewirtschaftet Heime, die zur winterlichen Erholung vorzüglich geeignet sind. Manche dieser Heime haben Zentralheizung in allen Räumen, fließendes Kalt- und Warmwasser teils auf Korridoren, teils in den Zimmern, besondere Räume für Behandlung und Unterbringung des Sportgeräts.

Auskunft erteilt und Prospekt versendet gern:

Adefe,
Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H.
Sitz Jena, Marienstraße 4.

Allen Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.

Ist das Briefschreiben überlebt?

Ein englischer Psychologe, Dr. William T. Root, ist zu der weiterschütternden Erkenntnis gekommen, daß nur die intelligenten Menschen eine schlechte Handschrift haben, weil sie zwanzigmal schneller denken als schreiben. Daß vielen Menschen aus dem Beruflichen die Gewandtheit des Schreibens und darum die „Intelligenz" der unleserlichen Handschrift fehlt, daß die meisten kaum Zeit zum Schreiben haben und darum beim Schreiben gehetzt wird, das ist dem englischen Psychologen offenbar nicht bekannt.

Das Tempo des heutigen Lebens frißt auch in unser Verhältnis zu Papier und Feder hinein. Telephon! Wieviel schneller und wieviel bequemer! Oder ein mündliches Sprechen, wenn man sich mal wieder trifft. Und so kommt es, daß auch die Briefe unmodern werden und meist nur die notwendigen Briefe noch geschrieben werden. Auch hier der Gedanke der Sachlichkeit.

So wartet Großmutter heute länger als es früher der Fall war, und auch bei Dichtern und Künstlern ist das gleiche der Fall. Sie haben es in einer Rundfrage einer literarischen Zeitschrift ehrlich bekannt.

„Ich schreibe ungern Briefe", antwortet Lion Feuchtwanger der „Literatur" da frei und offen, „die über eine knappe, sachliche Mitteilung hinausgehen."

„Das Briefeschreiben war mir stets eine Last", antwortet ebenso Clara Viebig, „und wird es von Jahr zu Jahr mehr. Ich habe nie begriffen, welche Freude es unseren Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern gemacht haben kann, lange Briefe zu schreiben."

Und in gleicher Weise schreibt u. a. auch Waldemar Bonsels: „Ich entsinne mich nicht, jemals einen Brief anders als ungeduldig, rasch und zurückhaltend geschrieben zu haben."

Also keine Zeit. Tempo, Tempo! Genau wie bei uns. Und so wartet Großmutter schon so lange. Und uns selbst ärgert es auch. Da kann nur ein kurzer Entschluß die Befreiung bringen. Darum los! Sofort an den Tisch gesetzt und sogleich den lange fälligen Brief geschrieben an Tante Frieda!

Ich will bei dir bleiben.*)

So gingen sie zu dem Tannenwald. Bei den ersten Bäumen setzten sie sich nieder. Sie konnten von hier aus die weite Prärie übersehen und zugleich auch ein tiefes Stück hinein in den Wald, wo die Bäume sechzig, achtzig Meter hoch standen und dick waren wie die Säulen einer gewaltigen Halle. Meterhohe Farne standen im Walde, und an vielen Stellen war hohes Gras. Ueber dem Boden lagen verstreut Tannenzapfen, groß wie Melonen.

„Du bist immer nur auf dem Hochland gewesen?" fragte er.

„Ja, immer."

„Dann hast du noch keine Palmen gesehen, keine Dschungel, keine tropischen Wälder?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Darüber freue ich mich sehr", sagte er, sie ansehend.

„Warum?"

„Weil ich dir das dann alles zeigen kann, weil du das alles durch mich zum ersten Male in deinem Leben sehen wirst. Dann wird es für ewig in deinem Erinnern verknüpft sein mit der Erinnerung an mich."

„In der Erinnerung!" fragte sie, weite Augen auf ihn gerichtet. „Willst du denn nicht, daß ich selbst immer bei dir bleiben soll? Ich will bei dir bleiben, immer. Ich will keine Erinnerung an dich. Ich will mit dir sein, wohin du gehst, ob zum Guten oder zum Bösen."

Andreu ergriff ihre Hand. Er sah vor sich nieder.

Nach einer langen Weile sagte er: „Wer weiß, ob ich dir immer gefalle, kleines Mädchen. Ich bin nicht gut, glaube ich. Ich weiß nicht, wie ich zu einer Frau sein soll. Ich habe nie eine Frau gehabt. Vielleicht bin ich nicht so, wie du denkst. Du kennst mich nur einen Tag jetzt."

Sie nickte und sagte mit einer Stimme, die schwer wurde: „Ja, ich kenne dich nur einen Tag. Aber du kennst mich doch auch nur gerade einen Tag. Aber nach vielen Monaten kennen wir uns dann ein Jahr."

Er lachte und sie fiel in sein Lachen ein.

Zwei große Käfer jagten sich zu ihren Füßen.

Da sagte sie, ohne ihn anzublicken: „Jede Käferin hat ihren Käfer. Ich will dir helfen mit den Ochsen und mit aller Arbeit. Ich werde für dich waschen und alles, was du sagst, werde ich tun. Ich habe mich auch gewaschen und mein Haar gekämmt für dich. Für mich kämme ich mein Haar nicht. Das wird doch wieder zerzaust vom Wind und vom Schlafen. Aber für dich kämme ich es immer und immer wieder. Ich habe auch meinen Rock genäht für dich. Für mich schadet es nichts, wenn mein Rock voller Löcher ist."

„Das ist gut so", sagte er mit gespieltem Ernst. „Ich will nicht, daß du bist wie die Frauen sind, die manche Muchachos in den Carretas haben, die sich nie waschen, die immer ganz und gar zerlumpt sind, die sich betrinken, wann und wo sie können, und die sich dann auf dem Erdboden herumwälzen und schreien und schamvergessene Reden blöken."

„So etwas werde ich ganz gewiß niemals tun, Vinash Nutsil", erwiderte sie mit einem strengen Setzen ihrer Lippen.

Dann fügte sie hinzu: „Aber wie kann ich wissen, was gut ist, was richtig ist, was dir gefällig ist, wenn du es mir nicht sagst. Ich bin nicht so klug und so erfahren, wie du bist. Du sollst mir alles sagen, was ich tun muß, dir zu Wunsch zu sein. Du bist mein Mann, mein Sennor. Und ich bin froh, daß du es bist und kein anderer. Aber wenn du mir nicht sagst, was richtig ist und was dir gefällt, wie kann ich es sonst wissen. Es kümmert sich niemand um mich, seit mein Vater tot ist. Aber du", sie blickte ihn mit weit geöffneten Augen plötzlich an, mit Augen, in denen Bitte, Traurigkeit und Hilflosigkeit alles zugleich lag, „aber du, mein Mann, du kümmerst dich um mich und sorgst dich um mich. Du bist es, der mir mir machen kann und machen darf und machen soll, was du nur immer willst."

Er sagte, seine Worte langsam gebend: „Ich will dich gewiß niemals verlassen, kleines Mädchen, und ich möchte dir sagen, ich bin so unendlich froh, daß ich dich gefunden habe, und daß du willst, daß ich dein Mann sein soll."

Er legte seine Hand um ihren Kopf, zog den Kopf näher gegen seine Brust und streichelte ihr über das Haar.

Sie ergriff seine linke Hand, führte sie gegen ihre beiden Backen, die sie mit dem Handrücken preßte und küßte dann die Hand. Er beugte sich nieder auf ihr Haar und berührte es mit seinem Munde in einer Geste, die er so lange anhielt, still wie ungesprochenes teures Gebet, daß es ihn dünkte, als flössen Jahrhunderte ungefühlt durch das Universum.

Keiner von beiden sagte mehr etwas. Keiner versuchte, eine Bewegung zu machen, aus einer hauchzarten Angst heraus, daß dadurch etwas wohltuend Unbestimmtes in ihrem Dasein und in der Welt zerstört werden könnte.

Und so floß der letzte müde Schimmer des sterbenden Tages über die weite Prärie dahin. Die Prärie hüllte sich ein für die Nacht in die Schleier eines Nebels, der lang ziehend, von allen Seiten gleichzeitig hermogend, der heraneilenden Nacht voranschritt. Die Nacht kam.

*) Aus dem neuen Roman „Der Karren" von B. Traven, Mexiko, erschienen bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, die zur Zeit eine Werbewoche veranstaltet.

Mehr Wirtschaftlichkeit bei der Hausarbeit.

Der Gedanke der Rationalisierung, d. h. der Bestgestaltung des menschlichen Wirtschaftens und Arbeitens hat auch vor dem Reiche der Hausfrau nicht Halt gemacht. Ein wie weites Feld dieses in seiner Bedeutung oft unterschätzte Reich umschließt, zeigt schon allein die Tatsache, daß wir in Deutschland mehr als 15 Millionen Haushaltungen (Familien-, Einzel- und Anstaltshaushalte) „in Betrieb" haben. In diesen Hauswirtschaftsbetrieben wird Tag für Tag, Jahr für Jahr ein kaum übersehbares Maß von Arbeit geleistet, werden bedeutende Mengen von Produktionsmitteln investiert, wird der Hauptteil der Konsumgüter verwaltet und verbraucht, für deren Hervorbringung der ganze weitverzweigte Apparat moderner Technik und Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Wenn es nicht gelänge, diesen bedeutenden Wirtschaftsfaktor „Hauswirtschaft" in die Rationalisierungsbewegung mit einzubeziehen, so müßte allen Bestrebungen, die auf eine Hebung des Wirkungsgrades der Gesamtwirtschaft bedacht sind, ein Enderfolg versagt oder doch außerordentlich erschwert bleiben.

Mit Recht hat man daher die Hausfrau z. B. zur Mitwirkung an der Normung aufgerufen. Auch sie soll dazu beitragen, eine vielfach gänzlich überflüssige und unwirtschaftliche Mannigfaltigkeit auf dem Markte der Gegenstände des täglichen Bedarfs (zum Beispiel der Haus- und Küchengeräte, des Kochgeschirrs usw.) zu bekämpfen. Ist der Haushalt der Hauptverbraucher dieser Waren, so ist die Hausfrau sein Zentraleinkäufer. In der Tat können ohne ihre Einsicht und ohne den Einsatz ihrer d. h. der Hausfrau wirtschaftlichen Machtstellung als Verbraucher, Hersteller und Handel bei der notwendigen Vereinheitlichung dieser Waren nicht zum Ziele kommen. Das gleiche gilt von der Mitwirkung der Hausfrau an der Ordnung der Warenmärkte durch die Schaffung einheitlicher Lieferbedingungen, Bezeichnungsvorschriften und Prüfverfahren (z. B. für Leinen, Scheuertücher, Lederwaren usw.)

Erfreulicherweise kann man eine wachsende Mitwirkung der zentralen und örtlichen Hausfrauenvereine bei der Lösung dieser Aufgaben, wie sie beim Deutschen Normenausschuß (DNA.), beim Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL.) sowie beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW.) durchgeführt werden, feststellen. Die Hausfrauen werden ihren Vorteil daraus ziehen in Form der gesteigerten Sicherheit, gute und brauchbare Waren in zweckmäßigen Abmessungen und Ausführungen bei gesicherter, nachprüfbarer Qualität zu erhalten. Sie tragen gleichzeitig dazu bei, Preissteigerungen in Handel und Herstellung zu vermeiden und schließlich einer wohlfeilen Deckung des Bedarfs die Wege zu ebnen. Wobei sie durch ihre Mitwirkung — und das ist sehr wichtig — am besten verhindern, daß in diesen Dingen etwa lebensfremde Entscheidungen an grünen Tischen gefällt werden.

Es ist zu wünschen, daß immer weitere Kreise der Hausfrauen in diese Bewegung einbezogen werden. Denn die Rationalisierung der Hauswirtschaft ist zum nicht geringen Teil eine Aufklärungs-, Erziehungs- und Unterrichtsfrage. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Abteilung Hauswirtschaft beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit an die Ausarbeitung eines hauswirtschaftlichen Lehrdienstes herangegangen, der unter Benutzung eines reichhaltigen Bildmaterials „sprechfertige" Vorträge bringt. Diese werden im ganzen Reiche bei hauswirtschaftlichen Veranstaltungen der Hausfrauenvereine, als Lehrmaterial in den hauswirtschaftlichen Schulen usw. willkommen sein.

„Die Normung in der Hauswirtschaft", einer dieser Vorträge, wirbt z. B. um das Verständnis der Hausfrau für die oben skizzierten Normungsbestrebungen. Die Hausfrau zu einer zielbewußten und dem Ziel der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragenden Einkäuferin zu machen, ist die Absicht einer weiteren Arbeit „Ratschläge und Winke für die Auswahl von Kochgeschirr und Zubehör". Vom Gesichtspunkt der Hausfrau als Einkäuferin aus werden Material, Form, Verwendungszweck, Behandlung und Preise von Küchengeräten, insbesondere von Kochgeschirr erörtert. Weitere Vorträge werden auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit rationeller Wärmewirtschaft im Hause aufmerksam machen. Hier werden weiterhin praktisch brauchbare Vorschläge für richtiges Heizen und richtige Feuerungstechnik in Ofen und Herd gemacht. Die beiden erstgenannten Vorträge werden demnächst erscheinen.

Bereits fertiggestellt (und beim RKW., Berlin NW 6, Luisenstraße 58/59 III, zum Preise von 50 Pf. zu beziehen) ist ein Vortrag „Hausarbeit leicht gemacht", der sich mit Arbeitserleichterungen für die Hausfrau durch zweckmäßige Körperhaltung beschäftigt. Hier wird von der arbeitsphysiologischen Seite her an die täglich wiederkehrenden hauswirtschaftlichen Verrichtungen wie Waschen, Aufwischen, Wäschaufhängen, Plätten, Kartoffelschälen, Teppichreinigen usw. herangegangen. Es soll gezeigt werden, wie die Verausgabung von Energie durch richtige Körperhaltung sowie durch die Auswahl zweckmäßiger Geräte vermindert werden kann. Muß man sich denn unbedingt Waschtag für Waschtag auf eine zu niedrig gestellte Waschwanne herabbücken? Kann die Hausfrau sich nicht vielmehr der durch das Krummstehen beschleunigten Ermüdung zum Teil durch zweckmäßige Körperhaltung entziehen? Kann man wirklich nur im Stehen plätten? Muß man sich wirklich dem hygienischen und physiologischen Nachteil des ermüdenden Stehens in dem Maße aussetzen, wie das heute vielfach noch der Fall ist? Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß man sich auch das Kartoffelschälen durch geeignete Anordnung des Arbeitsplatzes und der benötigten Arbeitsgeräte wesentlich erleichtern und vereinfachen kann? Der Erörterung und der richtigen Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen, die sich der schaffenden Hausfrau aufdrängen, ist der genannte Vortrag (von G. Willwock) gewidmet. Der Vortrag ist bereits erstmalig vor der Gruppe Hauswirtschaft beim RKW. probeweise gehalten worden. Die Aussprache, die sich im ganzen Reiche an diese Vorträge anschließen wird, soll dazu beitragen, auch auf dem Gebiete der Hauswirtschaft eine lebendige Gemeinschaftsarbeit in Rationalisierungsfragen in Gang zu halten.

Die große Schuhmode.

Aus der Schuhwarenannonce eines Warenhauses: „Echt Schlange für Damen mit feinfarbigem Leder-Hinterleil."

Die Auswahl der passenden Schuhe dürfte nicht ganz ohne Schwierigkeiten vor sich gehen.

Aus Beruf und Verband

Das Arbeitsjahr.

Oder: die Erziehung zum kapitalistischen Menschen.

Man verfolgt ohne Zweifel mit dem Bestreben, das Arbeitsdienstjahr einzuführen, einen ganz bestimmten Zweck. Es handelt sich bei dem Plane des Arbeitsjahres um den Ausbau des kapitalistischen Erziehungssystems, wie wir es bereits im Dinta, in den Lehrwerkstätten, den Werkzeitungen, den Reden und Schriften dieser Ethiker des Kapitalismus, wie Jung und Hornefffer, kennen.

Oberingenieur Dr. Arnold, der Gründer und Leiter des Dinta, sprach es ja in Bonn seinerzeit deutlich aus. Welche Erziehung soll danach das Dinta bezwecken? Die „Erziehung" des alten Heeres soll sie ersetzen. Wer kann daran zweifeln, daß man einen Ersatz dieser „Erziehung" des alten Heeres in noch viel größerem Maße im Arbeitsdienstjahre erblickt?

Niemals können die Gewerkschaften darum diesen Plänen der Reaktion ihre Zustimmung geben. Wir bekämpfen das Arbeitsdienstjahr mit aller Entschiedenheit. Wir bauen unsere gewerkschaftliche Bewegung zum neuen Erziehungssystem aus, indem wir gewerkschaftliche Bildung treiben und immer weitere Kreise hineinziehen in diese Bildungspflege. Hier bahnt sich die Bildung und Erziehung des neuen Menschen an, der seinen Pflichten gegenüber dieser Zeit gewachsen ist.

Allerdings wird unsere Bildung und Erziehung niemals Ersatz für das alte Heer sein. Mit solch sklavischen Sichfügen werden keine neue Menschen geschaffen, wie sie diese Wende der Zeit nötig hat.

Und so treten Gewerkschaftsbewegung und Kapitalismus immer deutlicher in die Erscheinung als zwei grundverschiedene Wirtschaftsauffassungen vom Menschen. Soll der Mensch im Kapitalismus Lohnarbeiter der Unternehmerherren oder soll er durch die Demokratisierung der Wirtschaft Gleicher unter Gleichem sein?

Dr. G. H.

Reichskonferenz der Waggonbaubetriebe.

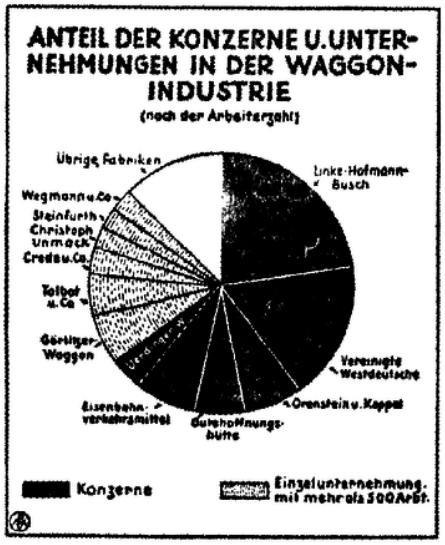
Am 2. November fand in Würzburg eine Konferenz der Waggonbetriebe statt, die sich mit der Lage der deutschen Waggonindustrie beschäftigte. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband waren 37 Delegierte erschienen. Zehn Delegierte hatte der Deutsche Holzarbeiter-Verband entsandt. Unser Verband war durch fünf Delegierte vertreten, die den Ortsverwaltungen Bautzen, Breslau, Düsseldorf, Kassel und Nürnberg entnommen waren. Den Hauptvorstand vertrat Kollege A. Blume. Die Maler und Lackierer hatten Delegierte nicht entsandt, da sie am 9. November eine besondere Lackiererkonferenz abhielten.

Als einziger Punkt stand ein Referat des Reichstagsabgeordneten Franz Metz vom Metallarbeiter-Verband auf der Tagesordnung, das in großen Umrissen ein Bild von der Lage der Waggonindustrie gab.

Die Entwicklung dieser Industrie ist besonders interessant, weil die Konzentration der Werke nicht nur national, sondern auch international stark fortgeschritten ist, so daß neben den bestehenden inländischen Kartellen seit September 1930 auch ein europäisches Waggonkartell besteht. Vor dem Kriege waren in Deutschland 40 Betriebe vorhanden, die jährliche Staatsaufträge im Betrage von 245 Millionen Mark erhielten. Das waren rund 80 Proz. des gesamten Auftragsbestandes. Durch Ablieferung von ungefähr 230 000 Waggons an die Siegerstaaten trat ein fühlbarer Mangel im Inland ein, so daß sich die Zahl der Betriebe 1919 verdoppelte und 1923 sogar 100 Fabriken existierten. Es trat eine Uebersetzung ein und schwächere Betriebe wurden aufgefogen. Ende 1926 wurde die Deutsche Waggonbauvereinigung gegründet, der sofort von den noch 51 bestehenden 30 Fabriken beitraten. Diesen 30 Fabriken wurden durch Vertrag mit der Reichsbahn 90 Proz. aller Staatsaufträge zugesichert, die für die Jahre 1927 bis 1931 1 Milliarde Mark ausmachen sollten. In Wirklichkeit sind bis 1930 einschließlich jedoch nur 525 Millionen Mark ausgegeben worden. Der Ausfall erleichterte die Uebernahme schwächerer Werke durch größere und die Entwicklung zu Konzernen schritt vorwärts und wirkte sich dahin aus, daß die beiden Ost- und Westkonzerne überragend sind. In letzter Zeit hat Orenstein u. Koppel einige Betriebe an sich gebracht und gilt als dritter Konzern.

Der jährliche Erneuerungsbedarf der Reichsbahn beträgt etwa 2000 Personenwagen und 18 000 Güterwagen. Gegen früher ist die Ausnutzung der Wagen wesentlich gestiegen. Gegen das Jahr 1914 ist die Ladefähigkeit eines Güterwagens um 13 Proz. gestiegen. Es kommt hinzu ein schnellerer Wagenumlauf, begünstigt durch Selbstentladevorrichtungen u. a. m., so daß tatsächlich eine Minderung des Waggonbedarfs eintritt. Dabei ist ein Abschluß der durch die Technik hervorgerufenen Umwälzung noch in weiter Ferne.

Seit 1927 sind 15 Firmen mit 2000 Arbeitern aufgelöst worden. Die Mehrzahl der bestehenden Betriebe beschäftigen nach einer amtlichen Statistik über 200 Arbeiter. Von insgesamt 31 000 Arbeitern der Waggonindustrie sind 14 000 beschäftigt in 27 Betrieben von 201 bis 1000 und 14 500 in 10 Betrieben von über 1000 Mann Belegschaftsstärke. Der Rest arbeitet in kleineren Betrieben. Im Ostkonzern, der ja mehrere Werke umfaßt, sind 5760, im Westkonzern 4199 und im Orenstein u. Koppel-Konzern 1940 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Facharbeiter überwiegen, denn es sind über 60 Proz. Angelernte sind 20 Proz., Ungelernte 14,7 Proz. und Lehrlinge etwa 5 Proz. vorhanden. Vorherrschend sind natürlich die Metallarbeiter mit 59 Proz. der Beschäftigten. Die Holzarbeiter haben 23 Proz., Lackierer 10 Proz. und Sattler und Tapezierer 2,7 Proz. (Unsere eigene Statistik weist allerdings die doppelte Zahl auf.) Das Organisationsverhältnis hat sich gut entwickelt. Freigewerkschaftlich sind 68,8 Proz. organisiert. (1927 = 59,8 Proz.) Gegnerische Verbände haben 8 Proz. erfaßt, so daß 21,2 Proz. unorganisiert sind. Einzelne Betriebe sind restlos organisiert. Frauen haben bei den Sattlern Einzug gehalten. Insgesamt wurden nicht mehr als 500 gezählt. Die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sind maßgebend und es bestehen überall Tarifverträge. Die Mindestlöhne schwanken zwischen 0,68 Mk. in Saarbrücken und 1,25 Mk. in Hamburg. Der Durchschnittsakkordverdienst beträgt bei den Metallarbeitern 119,3 Pf., Holzarbeitern 119,1 Pf., Malern 118,8 Pf., Sattlern 117,1 Pf., Angelernten 104,8 Pf., Ungelernten 88,3 Pf. und Arbeiterinnen 60 Pf. die Stunde.



Wie bereits angeführt, ist die Konzentration in dieser Industrie stark vorgeschritten. Entsprechend der Vereinfachung der Bauart war es leichter, die Rationalisierung durchzuführen und ist die Umstellung in den größeren Betrieben vollständig. Die Rationalisierung verursachte Akkordreduzierungen und zum Teil eine Verjüngung der Belegschaften, da die Zahl der An- und Ungelernten zugenommen hat. Wieweit Fließ- oder Bandarbeit Fuß gefaßt haben, zeigt die Zahl von 15 525 Arbeitern, das sind 62,6 Proz. der erfaßten überhaupt, die in 18 Betrieben mit Fließarbeit zu tun haben, während 9000 Arbeiter in 25 Betrieben diese Methode nicht kennen.

Die Konzernentwicklung ist bereits gestreift. Die graphische Darstellung läßt das Uebergewicht klar erkennen. Der Prozeß ist jedoch noch nicht zu Ende und bei der Art der Verteilung der Aufträge ist damit zu rechnen, daß einzelne Werke stillgelegt werden und deren Quote einem anderen Werk des betreffenden Konzerns übertragen wird. Wie überall spielt auch hier der Absatz eine Rolle. Einfuhr besteht wenig, da die Reichsbahn nur im Inland bestellt. Dagegen führt Deutschland aus, und zwar vornehmlich nach Frankreich, England, Holland und Südamerika. Besonders die Elektrifizierung in Frankreich stellt größere Bestellungen in Aussicht. Es ist aus verschiedenen Gründen ein europäisches Waggonkartell gegründet worden, mit dem Sitz in Paris. Dieser Zentralstelle müssen Angebot und Nachfrage gemeldet werden, und es ist wohl als sicher anzunehmen, daß die Festsetzung der Preise keine untergeordnete Rolle spielen wird. Es ist auch eine Quotenregelung getroffen, und zwar steht Belgien mit 34,6 Proz. an der Spitze. Deutschland folgt mit 28,8 Proz., Frankreich mit 13,9 Proz., Italien mit 10,5 Proz. und die Tschechoslowakei mit 6,9 Proz. England ist Außenseiter geblieben. Wie man sieht, nimmt Deutschland in der Waggonausfuhr eine führende Stellung ein.

Als ein Mißstand hat sich herausgestellt, daß die Aufträge sehr unbestimmt sind und bis zur endgültigen Vergebung ständig Veränderungen an den Zeichnungen vorgenommen werden. Die Verwendung von Giftfarben ist festgestellt und muß bekämpft werden.

Die Diskussion unterstrich die Ausführungen des Referenten. Das Ergebnis der Tagung fand seinen Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Resolution, in der gefordert wird, daß die Mißstände bei der Vergebung der Aufträge beseitigt werden. Des weiteren soll die Reichsbahn ersucht werden, giftige Farben nicht mehr verwenden zu lassen. Die Betriebsräte werden ersucht, alle Beschwerden zu melden. An die Arbeiterschaft wird der Appell gerichtet, sich vollzählig zu organisieren, da nur durch Einigkeit Erfolge erzielt werden können.

Die seinerzeit gewählte Kommission von zehn Kollegen, in der auch unser Vorstand vertreten ist, wurde erneut bestätigt, um alle Vorkommnisse in der Branche zu verfolgen.

Anschließend traten unsere Delegierten noch zusammen, um verschiedene Fragen zu klären. Bemängelt wurde, daß zu wenig Verständigung untereinander sei. Für die Zukunft werden die Kollegen verpflichtet, neue Arbeiten der Zentrale mitzuteilen, damit diese dann sofort die übrigen Betriebe informieren kann. Als erste dieser Informationen sind bereits die Aufstellungen des B 4 i-Wagens gegeben worden und dieses Beispiel beweist, daß viele Vorteile erreicht werden können, wenn aktive Mitarbeit getätigt wird.

A. B.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Coburg. Am 24. Oktober fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Böhner, Nürnberg, ein Referat über die wirtschaftliche Lage hielt. Böhner erinnerte an die Werbeartikel in Nummer 41 unserer Verbandszeitung und machte andererseits den Kollegen durch seine einleuchtenden Worte in jeder Weise verständlich, gerade im Werbemonat Oktober alles daranzusetzen, noch außenstehende Kollegen zu uns zu bringen. Zu seiner Freude konnte er feststellen, daß die Facharbeiter in der Polsterbranche alle organisiert sind, die Frauen jedoch noch nicht, und gerade hier müsse eingehakt werden, um diese zu uns zu bringen. Er kam dann auf die allgemeine Weltwirtschaftslage zu sprechen, die Verhältnisse vor dem Kriege, führte verschiedene Beispiele an, ging dann auf den Kernpunkt der Sache ein, nämlich die Ursache der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die in den zu niedrigen Löhnen liegt. Wenn von Unternehmerseite gesagt wird, die Löhne sind schuld, so sagen wir nein, sie sind zu niedrig. Ford sagte sich, wenn ich meine Arbeiter gut bezahle, so kaufen sie viel, unter Umständen sogar meine Autos. Diesen Grundsatz wollen die deutschen Unternehmer nicht einsehen und schieben die ganze jetzige wirtschaftliche Lage den zu hohen Löhnen zu. Gerade jetzt in der schweren Zeit, wo von Unternehmerseite der Lohnabbau propagiert wird, heißt es fester denn je zusammenzuhalten. Die Ausführungen des Kollegen Böhner wurden von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend gab Kollege Breithut den Kassenbericht für das dritte Quartal. Auf Antrag des Revisors Nöller wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Unter Punkt 3 befaßte sich unser Vorsitzender Kollege Dressel mit der gegenwärtigen Lage in der Polsterbranche und konnte zu seiner Genugtuung feststellen, daß sämtliche Coburger Kollegen wieder in Arbeit sind, daß sogar ein großer Prozentsatz auswärtiger Kollegen Unterschlupf fand. In bezug auf Werbetätigkeit führte er an, daß sich in unseren Betrieben eine gute Gelegenheit bietet, zumal sich eine neue Kategorie herangebildet hat, nämlich Hilfsarbeiter und Frauen, die sehr indifferent sind. Desgleichen streifte er einzelne Werkstätten bezüglich ihres Zusammenhalts in der Organisation, da der Kampf um den Tarif mehr in den Werkstätten geführt wird. Nach lebhafter Diskussion ersuchte der Vorsitzende am Schluß der Versammlung die Kollegen, das Gewerkschaftshaus besser als bisher zu besuchen.

Josef Gaupmann.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Oktober 1930.

Die allgemeine wirtschaftliche Depression hat im Lauf des Oktober eine weitere Vertiefung erfahren. Dieser Konjunkturrückgang hat dazu geführt, daß eine Reihe von Unternehmungen zu weiteren Betriebseinschränkungen und damit zu Arbeiterentlassungen übergingen. Die Unsicherheit der Preisbildung auf dem Rohstoffmarkt hat ebenfalls dazu beigetragen, daß größere Aufträge unterblieben, da niemand das Risiko größerer Lagerbestände tragen will. Den Bestrebungen, zum Ausgleich für den versagenden Inlandsmarkt den Export zu steigern, stellte sich die infolge der allgemeinen Weltwirtschaftskrise verminderte Aufnahmefähigkeit der ausländischen Märkte entgegen.

Amtlich werden am 31. Oktober d. J. 3 323 000 Arbeitsuchende gemeldet, wovon 3 253 000 zur Zeit arbeitslos sind. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug Ende Oktober 1 561 000, in der Krisenunterstützung 511 000.

Für unseren Verband hat das Weihnachtsgeschäft, wenn man überhaupt noch diesen Ausdruck gebrauchen darf, dem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenziffer etwas Einhalt geboten. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug 9254 gleich 42,4 Proz. gegen 42,5 Proz. Ende September d. J., die Zahl der weiblichen Arbeitslosen betrug 1464 gleich 27,5 Proz. gegen 30,4 Proz. Ende des Vormonats. Insgesamt waren arbeitslos 10 718 gleich 40,1 Proz. gegen 10 854 gleich 40,2 Proz. Ende September. Rechnen wir die Kurzarbeiter um in Vollarbeiter, so waren insgesamt am Ende des Monats 52,7 Proz. Vollarbeiter vorhanden.

Auf die einzelnen Gaue verteilen sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wie folgt:

Gau	Berichtet haben Verwaltungsstell.	Dieselben hatten Mitglieder m.	w.	Davon waren arbeitslos m.	w.	zus.	Prozent	Außerdem Lehrlinge	Nicht berichtet haben Verw.-Stell.	Mitglieder m	w
Ostgau	40	6130	921	2612	281	2893	11,0	468	3	41	5
Nordgau	23	2609	346	1198	111	130[illegible]	14,3	402	4	49	—
Mitteldeutschld.	29	1582	424	683	129	812	40,5	194	4	84	11
Freistaat Sachsen	16	2822	666	1448	180	1628	46,9	238	2	58	—
Bayern	11	1361	618	568	234	802	10,5	225	—	—	—
Süd-Westg.	24	5042	1706	1953	442	2395	35,5	347	1	6	—
Rheinland-Westfalen	20	2035	458	792	87	879	35,3	148	5	104	4
Gesamtverb.	163	21581	5139	9254	1464	1071[illegible]	40.1	2022	19	342	20

Verkürzt arbeiteten 4121 männliche und 1342 weibliche, zusammen 5463 Verbandsmitglieder, gleich 20,4 Proz., gegen 21,5 Proz. Ende September dieses Jahres.

	Ende September 1930 Männl.	Weibl.	Zus.	Prozent Ende Dez. 1929	März 1930	Juni 1930	Sept. 1930	Okt. 1930
1 bis 8 Stunden	1029	166	1195	2,7	4,9	5,2	4,9	4,4
9 bis 16 Stunden	1199	402	1601	4.7	4,1	4,7	6,5	6,0
17 bis 24 Stunden	1523	617	2140	7,3	6,4	9,0	8,4	8,0
25 u. mehr Stunden	370	157	527	1,8	0.4	0.8	1,7	2,0
Insgesamt	4121	1342	5463	16,5	15,8	19,7	21,5	20,4

Robert Seidel achtzig Jahre alt!

Wer von der älteren Generation kennt ihn nicht, den Dichter so vieler Lieder, die die Feste der aufsteigenden Arbeiterschaft verschönt und ihre Kämpfe mit begeisternden Versen angefeuert haben. Man hat ihm zu seinem 75. Geburtstag laut und herzlich gefeiert, ihn, der in einem arbeitsreichen Leben es bis zum Professor gebracht hat. Seine „Gesammelten Gedichte" erschienen in einem schönen Bande bei J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin. Festartikel gingen durch die deutsche und schweizerische Presse. Dennoch ist er anscheinend etwas in den Hintergrund geraten gegenüber anderen, die mehr von sich reden machten. Das verdient aber weder die gütige, vornehme, opferbereite Persönlichkeit des Dichters noch sein Werk selbst, das wir unsern Lesern warm ans Herz legen wollen. Interessant wird es für viele sein, zu erfahren, daß Seidel, um den Krieg von 1870 nicht mitmachen zu müssen, was er mit seinem Gewissen nicht hätte vereinbaren können, damals in die Schweiz ging, deren Bürger er später geworden ist. Nach Jahren schwerer Arbeit als Weber, kaufmännischer Angestellter u. a. machte er sich daran, seine Schulbildung zu vervollkommnen, und besuchte, als verheirateter Mann von 29 Jahren, neben lauter Sechzehn- und Siebzehnjährigen das Lehrerseminar und später die Universität und das Polytechnikum in Zürich. So wurde er Lehrer und hat als erster den Gedanken der Arbeitsschule ausgearbeitet und propagiert, bereits im Jahre 1884! Fünfundzwanzig Jahre später hat dann Kerschensteiner in München die Arbeit als Bildungsmittel gefördert und heute ist der Gedanke Allgemeingut geworden.

Wir wünschen, daß Robert Seidel seinen Geburtstag am 23. November in voller Frische und Gesundheit feiern möge, und daß auch seine Lieder und Gedichte wieder so lebendig werden mögen, wie sie es verdienen.

Werden die Wagengarnierungen wieder geschmackvoller?

Von P. Reibestahl.

Unser altes Sattlerhandwerk ist sehr vielseitig. Es war schon immer eins, bei dem die Fingerfertigkeit, die Gewandtheit die Beweise des Könnens erbrachten. Ein Sellet zu bauen, galt immer als Kunst, und das Füllen von Kumten ist Gefühls-, ist Kraftsache zugleich. Die Sättel in ihrer anspruchsvollen Eleganz erstehen zu sehen, setzt bei uns mancherlei Kenntnisse und Vorübungen voraus, und will man sich der Damentaschenfabrikation widmen oder dem Kofferbau und den sonstigen Reiseartikeln, so muß man, um alles schön und ebenmäßig erstehen zu sehen, schon alle Handwerkskünste spielen lassen, denn all diese Artikel müssen sich sauber und schön, überzeugend in Form darbieten.

Und wie beim Kumtbau, so ist auch bei der Treibriemenherstellung Kraft vonnöten, die aber mit Sachkenntnis gepaart sein muß. Wir müssen, um in unserem Handwerk etwas leisten zu können, vielseitig beschlagen sein, denn außer den vorerwähnten Branchenteilen gehört auch noch das Polstern zu unserem Fach.

Unter die Polsterarbeit gehört auch die Wagen- und Automobilgarniererei, der schon immer das Sehnen derer galt, die damit nicht in lernende Berührung kamen. In früherer Zeit blieb ein jeder Kollege bemüht, sich auch auf Wagenarbeit auszubilden, denn diese galt immer als die Domäne der Schönheit, als ein Eldorado geschmackvollen, soliden Schaffens, und nicht zuletzt als eine Art ruhender Pol, wo man das Hasten, das Schematische noch nicht kannte. Und das muß wahr sein. Der alte, längst hinter uns liegende Kutschwagenbau hatte etwas Gemütliches an sich. Wir alten Wagensattler hatten einst gute Zeiten. Tagelang saß man frei vor dem Tische und spannte und nähte seine Kotflügel und Schirme, sich freuend, wenn die Arbeit straff wurde und nahtbezüglich sauber ausfiel. Das Ausschlagen der Wagen einst war auch sehr nett, obwohl sich das die Uneingeweihten ganz anders erträumt hatten. Ganz so sauber war diese Arbeit nicht, auch nicht besonders bequem, und wenn man den ganzen sieben langen Tag in solch einem Landauer, in dem noch engeren Coupé herumgekrochen war, wußte man am Abend wohl, was man gemacht hatte. Aber dessenungeachtet gab es keine Hetzerei, so etwa vier Wochen währte das Ausschlagen eines Landauers und da biß die Maus keinen Faden ab.

Wenn ein inzwischen alt gewordener Wagensattler die Garnierungsarten und Garnierungsmethoden mit den heutigen vergleicht, so wird er feststellen müssen, daß wir diesbezüglich überaus nüchtern geworden sind, vielleicht weit mehr, als es im Interesse unseres Wagensattlerhandwerks liegen kann. Die jetzt so kolossale Vereinfachung, diese auch in unserem Handwerk angestrebte und in die Tat umgesetzte Sachlichkeit hat uns schwer geschädigt und den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ganz eminent gesteigert. In alter Zeit wurden die Wagenausschläge dergestalt verfertigt, daß man die einzelnen Teile auf Leinwand aufzeichnete, dasselbe mit dem Stoff tat und daß man sodann an das Abheften und Auffüllen ging.

Waren alle die Teile auf diese Weise hergestellt, so nagelte man sie ein und deckte die Nagelung mit Rund- und Plattschnuren ab. Wir verbrauchten in den hinter uns liegenden Jahren eine schier unheimliche Anzahl von Knöpfen, da fast alle Polster nach dem Gesetz des versetzten Stiches hergestellt wurden.

Das Abheften und Füllen der Teile war eine recht nette Arbeit, vielleicht weniger schön das Einnageln, wobei man sich oft genug wie ein Taschenmesser zusammenzuklappen hatte.

In unserer Zeit passen diese Garnierungen nicht mehr, was man aber garnierungsbezüglich in den letzten Jahren geboten hat, das war und ist der Gipfelpunkt der Nüchternheit und auch oft der des Geschmacklosen.

Die Garnierung des versetzten Stiches wurde von den glatten Polstern abgelöst, und man konnte mit diese zufrieden sein, da das Glatte durch farbenprächtige Posamenten, durch Schnuren und Borten seine tragende Unterstützung fand. Diesen glatten Polstern schlossen sich die Klubsesselgarnierungen an, die das Schönste, das Bequemste waren, was die Wagensattler hervorgebracht hatten und wodurch die Wagensattlerei eine eminente Steigerung in bezug auf Arbeitsleistung und eine allgemeine Wertschätzung von seiten des fahrenden Menschen erfuhr. All das Schöne, das Solide, das oft Kunstvolle wurde von der Spargelgarnierung verdrängt, und zwar restlos, was man eigentlich für kaum möglich halten sollte, da doch die zuletzt erwähnten Garnierungsarten den Stempel der Schönheit und den der Bequemlichkeit trugen. Die Spargelpolster boten sich viele Jahre nackt und bloß dar, und das Schematische, von der Stahlkarosseriefabrikation diktiert und vollzogen, rang sich auf der ganzen Linie durch, zum Leidwesen derer, die sich das Wagensattlerhandwerk zum Lebensberuf erkoren hatten.

Durch diese Schematisierung blieb von unseren Künsten nicht allzuviel, denn das billige Auf-den-Markt-schmeißen wurde in die erste Potenz erhoben. Wir, die wir als Wagensattler früher gewissermaßen in Schönheit machten, waren so quasi überflüssig, die Rationalisierung machte tabula rasa, und Zugeständnisse nach irgendeiner Seite hin gab es einfach nicht.

Dieser Zustand der völligen Geschacklosigkeit herrschte verschiedene Jahre, doch scheint man all jetzt dabei zu sein, damit auch wieder einmal aufzuräumen, da das allzu Nüchterne auf die Nerven zu fallen beginnt. So kann man in den neueren Wagen seit einiger Zeit feststellen, daß man die Köpfe der Matratzen wieder abzuheften beginnt, so auch die Vorderwulsten der Sitzkissen, die auch jahrelang ein knopfloses Dasein geführt haben. Weiterhin macht man die Wahrnehmung, daß man an Vorderwänden und an Türen wieder mit plombierten Einlagen arbeitet, man sich also bemüht, etwas Ablenkung, etwas Farbe in das unerträglich gewordene Spargelallerlei zu bringen.

Borte und Schnuren, seit Jahren auch verpönt, hielten inzwischen wieder ihren Einzug, und wenn das auch nicht in dem Maße der hinter uns liegenden Schaffensperiode geschieht, so ist diese neuerliche diesbezügliche Anbahnung immerhin begrüßenswert. Und mit dem Moment, wo Verzierungen, wo Schnuren und Borten wieder aufkommen, ändern sich auch die Arbeitsmethoden und ein Mehr an Arbeit tritt damit in Erscheinung. Die jetzigen Polster vermögen einem auch weit besser zu gefallen als das förmliche Einerlei, von dem die letzten Jahre beherrscht waren. Die Wagensattlerkunst ist in früheren Jahren eine immer hohe gewesen, und bedauerlich wäre es, wenn man bei dem geisttötenden Schema geblieben wäre. Der Klubsessel im Auto, der war eine Verheißung, schade, daß er so schnell wieder von unserer schaffenden Bildfläche verschwand. Die Triebfeder hierfür, die angestrebte Vereinfachung, die das Wageninnere zu einer geschmacklosen Sache werden ließ. Die aparten Decken- und Türengarnierungen, die man im Stil den Klubsesseln anpaßte, verschwanden, aber auch jetzt spürt man an leisen Andeutungen, daß sie, wenn auch in einfacher Art, wiederum erstehen, aufkommen werden. Im kommenden Februar haben wir in Berlin eine internationale Autoschau, und die wird uns künden, was uns für neue Wege in der Wagen- und Automobilgarnierungskunst offenstehen bzw. welche Wege man zu beschreiten beliebte.

Unterstützt die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert programmatisch die Durchdringung der Wohlfahrtspflege mit sozialistischem Geiste. Sie will die Interessen der Arbeiter bei der Besetzung der ehrenamtlichen und beruflichen Stellen der öffentlichen Wohlfahrtspflege wahrnehmen, sie will ehrenamtliche und berufliche Kräfte mobilisieren, schulen und zur Arbeit in der Wohlfahrtspflege befähigen, sie will zu den auftauchenden Problemen Stellung nehmen, sie wissenschaftlich bearbeiten, fachlich und fachlich vertiefen und in der Gesetzgebung wie in der praktischen Arbeit die sozialistische Ideenwelt zur Geltung bringen. Endlich will die Arbeiterwohlfahrt die Interessen der Arbeiter gegenüber den bestehenden starken Organisationen der privaten Fürsorge vertreten und dort praktische Fürsorge treiben, wo Lücken in der öffentlichen Wohlfahrtspflege vorhanden sind. Schon sind Kinderheime, Jugendheime, Erziehungs- und Erholungsstätten aus eigenen Kräften geschaffen worden, andere fürsorgerische Einrichtungen sind im Werden, überall herrscht Tatendrang und Schaffensfreude.

Die Arbeiterwohlfahrt hat gerade jetzt große Aufgaben zu erfüllen. Groß ist die Not, es fehlt überall an Mitteln und Kräften, ihr zu begegnen. Junge, begeisterungsfähige und befähigte Menschen müssen für die Wohlfahrtsarbeit gewonnen und ausgebildet werden, die geschaffenen Einrichtungen sind zu unterhalten, alles Aufgaben, die bedeutende Mittel erfordern. Die Arbeiterwohlfahrt kann sich nicht wie die anderen Organisationen auf die Gaben der Reichen stützen, sie muß gleich den anderen Arbeiterorganisationen an die Opferwilligkeit der breiten Masse appellieren und ihre Mittel auch in kleinsten Gaben sammeln, getreu dem Grundsatz: Viele Wenige geben ein Viel!

Durch eine staatlich genehmigte Lotterie sollen viele Geber, das heißt Erwerber der Lose, glückliche Gewinner werden. An alle Freunde ergeht der Ruf:

Erwerbt Lose der Arbeiterwohlfahrtslotterie, stärkt die Mittel und Kräfte der Arbeiterwohlfahrt, fördert ihre Entwicklung und Entfaltung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Bezirk Baden. Durch Vereinbarung der Tarifparteien ist das Lohnabkommen vom 13. Mai 1929 bis zum 28. Februar 1931 verlängert worden.

Fahrzeugbranche.

Bielefeld. Seit dem 11. November 1930 sind die Arbeiter der Metallindustrie ausgesperrt. Die Unternehmer haben Lohn- und Manteltarif gekündigt und verlangten 10 Prozent Lohnabbau und Verkürzung der Ferien. Das lehnten die Arbeiter ab. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Wir sind in den Fahrzeug- und Fahrradsattelbetrieben mit 100 Mitgliedern beteiligt und ist Bielefeld für unsere Kollegen gesperrt.

Köln. Der Streik bei der Waggonfabrik Van der Zypen dauert an. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband haben stattgefunden, die aber zunächst ein positives Ergebnis nicht zeitigten.

Rüsselsheim. Die Verhandlungen mit der Firma Opel haben zu einer Vereinbarung geführt. Danach bestehen 5 Gruppen, die insgesamt 17 Lohnstaffeln aufweisen. Die Löhne bewegen sich von 1,60 Mk. bis 0,50 Mk. und ist für die Eingruppierung in eine Klasse die Art der Arbeit maßgebend. Die Löhne sind Einstellungslöhne und zugleich garantierte Akkordsätze.

Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Der Lederwarentarif für das Gebiet des Freistaates Bayern, mit Ausnahme der Stadt München, abgeschlossen am 2. Juni 1930, ist für allgemeinverbindlich erklärt worden. Von der Allgemeinverbindlichkeit sind ausgenommen die Bestimmungen über die Erledigung von Streitigkeiten. Des weiteren sind vorerst ausgenommen die Kofferfabriken, die serienmäßig fabrizieren. Darüber wird weiter verhandelt.

Die Allgemeinverbindlichkeit ist eingetragen am 10. November 1930 auf Blatt 6454 9323 Nr. 3 des Tarifregisters und beginnt am 1. November 1930.

Provinz Sachsen.

Der Tarifvertrag vom 14. Juli 1930, abgeschlossen zwischen dem Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband und den Fabrikanten Albin Scholle, Zeitz, Richard Hoffschmidt, Halle, G. A. Krause, Magdeburg, Adolf Gehlmann, Dessau, und A. Honigmann, Bernburg, ist mit Wirkung vom 15. November 1930 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Beruflich gilt der Vertrag für alle gewerblichen Arbeiter in der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie.

Der räumliche Geltungsbereich umfaßt die Provinz Sachsen, mit Ausnahme des Regierungsbezirkes Erfurt und Freistaat Anhalt.

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Eingetragen am 8. November 1930 auf Blatt 9819 lfd. Nummer 30 des Tarifregisters.

Verbindlichkeitserklärung.

Tapezierer Thüringen.

Der stellvertretende Schlichter für den Bezirk Mitteldeutschland hat nachstehenden Spruch gefällt:

Entscheidung.

Der Schiedsspruch der tariflichen Schlichtungsstelle des Thüringer Verbandes selbständiger Sattler, Polsterer und Dekorateure, e. V., Sitz Erfurt, und des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes, Mitteldeutscher Gau, vom 9. Oktober 1930 über Lohnregelung wird auf Grund des Art. 1 § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 (RGBl. I. S. 1043) für verbindlich erklärt. Schl. M. B. 69/30.

519 000 Wohlfahrtserwerbslose.

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern) eine halbe Million überschritten. Am 31. Oktober wurden von diesen Städten 519 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend betreut, davon 55 400 als Fürsorgearbeiter. Mit dem Stand vom 30. September verglichen (478 000) bedeutet dies eine größere Belastung der öffentlichen Fürsorge in diesen Städten um 8,5 Proz.

Darüber hinaus erhielten am 31. Oktober 55 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend gemeindliche Zusatzunterstützung.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftskongreß 1931.

Der im nächsten Jahre fällige 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) wird auf Beschluß des Bundesvorstandes am Montag, dem 31. August 1931, in Frankfurt am Main zusammentreten.

Weihnachtsunterstützung der Holzarbeiter. Der Verbandsvorstand der Holzarbeiter gibt bekannt, daß er im Einvernehmen mit dem Beirat und Verbandsausschuß beschlossen hat, den ausgesteuerten Mitgliedern zu Weihnachten eine einmalige außerordentliche Unterstützung auszuzahlen. Diese Unterstützung wird gewährt in Höhe der Arbeitslosenunterstützung für eine Woche (6 Tage), auf die der Empfänger vor seiner Aussteuerung Anspruch hatte. Jedoch sollen bei einer Beitragsleistung von 50 Pfennig Hauptkassenbeitrag mindestens 4 Mark, für alle anderen mindestens 6 Mark zur Auszahlung gelangen.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

Die Tätigkeit der modernen Gewerkschaftsorganisationen ist auf die Verbesserung der Lebensführung des schaffenden Volkes gerichtet. Diesem Zwecke dienen viele Mittel. Eins von ihnen ist die Betätigung des Verbraucherbewußtseins. Das heißt, bei aller Bedarfsdeckung mit dem Einkommen aus Lohn und Gehalt eigenes Wohl zu wahren. Dazu sind die Konsumgenossenschaften da. Von den Spitzenorganisationen der freigewerkschaftlichen Berufsverbände ist das wiederholt in bedeutungsvollen Kundgebungen anerkannt worden. Die Anerkennung konsumgenossenschaftlicher Betätigung kam mit zunehmender Erkenntnis der Langwierigkeit des zu führenden sozialen Kampfes. Die Entwicklung deckte immer mehr die Ausbeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger auch im kapitalistischen Warenverteilungsprozeß auf. Damit wuchs die Einsicht in die volkswirtschaftliche Bedeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger als Warenkäufer und Warenverbraucher. Das Verbraucherinteresse der Massen erwachte mehr und mehr, auch die Gewerkschaften kamen allmählich zur Anerkennung und Empfehlung der Konsumvereine.

Auf dem fünften Gewerkschaftskongreß in Köln, 1905, wurde erstmalig jene Resolution beschlossen, die erklärt, daß die Organisierung des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung des Volkes sei. Dieser für die Gewerkschaften und Genossenschaften bedeutsame Beschluß ist in der Folgezeit mehrmals erneuert, ergänzt und bekräftigt worden, so z. B. in einer Denkschrift der drei Spitzenverbände der freiorganisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten mit Wirtschaftsvorschlägen und Forderungen, die unter anderem auch feststellt, daß besonders die Konsumvereine der letzten Verbraucher geeignet sind, den Güterverteilungsprozeß zu verbilligen bei gleichzeitiger Ueberwachung der Qualität der Konsumgüter.

Dieses Wirtschaftsprogramm umfaßte auch das Gebiet der Güterverteilung, und es deutete noch einmal klar an, was nun bereits auf mehreren deutschen Gewerkschaftskongressen, so auf dem zwölften Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, dem zweiten Bundestag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1925 in Breslau in einer besonderen Entschließung hervorgehoben worden ist, nämlich, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung eine wertvolle Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist, weil die Konsumgenossenschaftsbewegung die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohns fördert. Es liege im wohlverstandenen Interesse aller Arbeiter und Minderbemittelten, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zu decken.

Drucksachen müssen richtig frankiert werden.

Kollege H. Busch, Erfurt, übermittelt uns nachstehende Mahnung mit der Bitte, dieselbe den Kollegen im Reich zur Kenntnis zu bringen.

Wiederholt ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß Versammlungseinladungen mit Briefumschlag, welche unter Drucksache den Kollegen mit der Post zugestellt werden sollten, den Absendern wieder zurückgegeben wurden, da statt mit 5 Pf. Porto diese nur mit 3 Pf. frankiert waren. Durch die Zurückgabe der Drucksachen büßen wir nicht nur das Porto ein, auch die Abhaltung der Versammlung kann dadurch illusorisch werden.

Bücherschau

Vidocq: Vom Galeerensträfling zum Polizeichef. Die seltsame Lebensgeschichte Eugène-François Vidocqs, von ihm selbst erzählt. Mit einem Bildnis des Verfassers. Deutsche Uebertragung und Bearbeitung von Bernhard Jolles. — 180 Seiten Ganzleinen. Verlag Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 1930. Preis 4,80 RM. (für Mitglieder Sonderpreis).

Seltsam genug ist diese Lebensgeschichte, die kurz vor der Großen Französischen Revolution anhebt und in der Restauration nach dem Sturze Napoleons abschließt. Sie ist der Bericht über ein Abenteuerleben, wie es phantastischer keine Dichterphantasie sich ausdenken kann. Und doch ist sie nicht das Produkt eines geschickten, auf Sensationen erpichten Literaten, sondern historische Wahrheit! Dieser Vidocq hat tatsächlich nach einem wilden Leben, das ihn mehrfach in die Gefängnisse und Bagnos führte, in den Jahren 1812—1827 die Pariser Sicherheitsbrigade geführt. Die erste größere Strafe führt er auf einen Irrtum zurück. Er bricht mehrfach aus, aber immer wieder greift ihn die Polizei auf. Schließlich findet er keinen anderen Ausweg, als seine Dienste den Verfolgern anzubieten. Er wird als Polizeispion und Geheimagent zum Verräter an seinen Kameraden, und damit beginnt sein Aufstieg. Sein Rücktritt vom Amt erfolgt auf eigenes Ersuchen. Bald darauf beginnt er mit der Niederschrift seiner Erinnerungen, die einen so sensationellen Bucherfolg erzielten, daß sie vielfach verfälscht wurden. Die echten Erinnerungen Vidocqs sind eine bibliophile Seltenheit.

Als den Zweck seiner Erinnerungen bezeichnet es der Autor, „nicht nur ein abenteuerliches Leben zu schildern, sondern auch die Polizei zu schildern, wie sie ist", denn „der Nimbus, der sie umgibt, entspricht der Wirklichkeit nur in sehr bescheidenen Grenzen". Vidocq nimmt dabei keinerlei Rücksichten und schont sich selbst am allerwenigsten. So unsympathisch uns vieles an ihm ist, seine Aufrichtigkeit nimmt für ihn ein. Darüber hinaus sind seine Erinnerungen ein Kulturdokument von höchstem Werte, das uns die Untergründe der damaligen Gesellschaft und ihre Korruptionserscheinungen aufhellt. Unter den Kameraden und späteren Opfern Vidocqs stoßen wir übrigens vielfach auf Gestalten, die uns merkwürdig zeitgemäß und bekannt vorkommen.

Der große französische Dichter Balzac, der Vidocq auch persönlich kannte, nannte seine Erinnerungen „eines der eigenartigsten und fesselndsten Memoirenwerke der Weltliteratur". Dieses Urteil besteht auch heute noch zu Recht. Wer sich durch ein spannendes Buch über seinen Alltag emporheben lassen will und wem dabei die landläufigen Sensations- und Kriminalromane nicht genügen, der wird dem vortrefflichen Uebersetzer und dem Bücherkreis für diese Neuausgabe der Erinnerungen Vidocqs dankbar sein.

Die zur **Zehnjahresfeier des Verbandes sozialer Baubetriebe** erschienene Jubiläumsnummer der Sozialen Bauwirtschaft, des Organs der Bauhüttenbewegung, gibt auf 1?3 Seiten eine Fülle wertvoller Anregungen. Die 1?2 beigefügten Abbildungen von Bauhüttenarbeiten zeigen den gewaltigen Fortschritt der Bauhütten auf jedem Gebiet baugewerblicher Tätigkeit und vorbildlicher baugewerblicher Organisation. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir die folgenden Aufsätze hervor: „Verbundenheit steigert die Kraft" von Genossen Karl Hermann, „Die Kläranlage der Stadt Berlin in Stahnsdorf" von Dipl.-Ing. E. Ernst, „Massenproduktion und Sozialismus" von Prof. Dr. Wilbrandt und eine Reihe wertvoller Aufsätze aus der Praxis der wirtschaftlichen Betriebsführung der sozialen Baubetriebe.

Die reich ausgestattete Sondernummer kann zum Preise von 4 Mk. von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezogen werden.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 17. November bis zum 23. November ist der 47. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Versammlungskalender

Bautzen. Freitag, den 28. November, abends 8 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus" unsere letzte diesjährige Mitgliederversammlung statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen alle Kolleginnen und Kollegen erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Köln. (Jugendgruppe.) Am Samstag, dem 22. November, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Saal 1, ein Eltern- und Werbeabend statt. Das Programm, welches einige unterhaltende Stunden verspricht, wird von der Jugendgruppe bestritten.

Zahlreichen Besuch aller Jugendkolleginnen und Jugendkollegen mit ihren Eltern und aller übrigen Verbandsmitglieder erwartet

Die Jugendleitung. — J. A.: Fritz Wacker.

Köln. Am Dienstag, dem 25. November, abends 7½ Uhr, findet im Volkshaus, Saal 2, eine Versammlung für alle Branchen statt.

Sterbetafel

Leipzig. Am 21. Oktober verstarb nach elfjähriger Mitgliedschaft unsere Kollegin, die Lederwarenarbeiterin Marie Hauptmann geb. Ihrig.

München. Am 8. November starb unser Mitglied Josef Heiß im Alter von 57 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Engel, Berlin. Verlag: F. Gerhardt, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.